



^b
**UNIVERSITÄT
BERN**

Faculty of Business, Economics and
Social Sciences

Department of Social Sciences

University of Bern Social Sciences Working Paper No. 47

Lebenshaltungskosten und deren Auswirkungen auf die ökonomische Ungleichheit. Eine Verteilungsanalyse unter Einbezug von Administrativdaten

Oliver Hümbelin, Tina Richard, Rudolf Farys, and Ben Jann

August 3, 2023

<http://ideas.repec.org/p/bss/wpaper/47.html>
<http://econpapers.repec.org/paper/bsswpaper/47.htm>

Lebenshaltungskosten und deren Auswirkungen auf die ökonomische Ungleichheit

Eine Verteilungsanalyse unter Einbezug von Administrativdaten

Oliver Hümbelin*, Tina Richard*, Rudolf Farys** und Ben Jann**

Abstract

In wohlhabenden Ländern wie der Schweiz stellen Lebenshaltungskosten eine wichtige Komponente einer ökonomischen Ungleichheitsanalyse dar, die oftmals vernachlässigt wird. Im vorliegenden Beitrag entwickeln wir eine Vorgehensweise mit dessen Hilfe der Einfluss der Lebenshaltungskosten auf die Ungleichheit der frei verfügbaren Einkommen bestimmt wird. Dafür nutzen wir verknüpfte Steuerdaten, welche die finanzielle Situation von rund 3.5 Millionen Menschen in der Schweiz umfassend abbilden. Lebenshaltungskosten sind in unterschiedlichen Szenarien mit verschiedenen Annahmen entwickelt. Sie umfassen minimal nötige, durchschnittliche und einkommensabhängige Ausgaben. Wir untersuchen die Effekte von Ausgaben für Alltagsgüter, Wohnkosten, Krankenkassenprämien und direkten Steuern. Zudem gehen wir auf regionale Unterschiede ein. Lebenshaltungskosten führen in allen Szenarien zu einer Verschärfung der Ungleichheit zwischen +13.1 Gini-Punkten (minimale Auslagen) und +22 Gini-Punkten (einkommensabhängig). Die Berücksichtigung regionaler Unterschiede ist mit einer gesamtgesellschaftlichen Reduktion der Ungleichheit um -5.7 Gini-Punkte verbunden. Insgesamt fallen besonders die Kosten für Wohnen (+11.7 GP) und für Alltagsgüter (+5.4 GP) ins Gewicht. Auch die Kosten der Krankenkassenprämien sind mit einer Zunahme der Ungleichheit der frei verfügbaren Einkommen verbunden (+6.2 GP), selbst wenn die ausgleichende Wirkung von Prämienverbilligungen einbezogen wird (-1.1 GP). Demgegenüber reduzieren progressive Steuern die Einkommensungleichheit erheblich (-5.5 GP). Die relative Belastung der Lebenshaltungskosten unterscheidet sich zudem besonders stark für die ärmsten und wohlhabendsten 10% der Einkommensverteilung, wohingegen die relativen Auswirkungen auf die mittleren Einkommen vergleichbar sind. Die mit steigendem Einkommen zunehmende Steuerlast und die abnehmende Entlastung durch Sozialleistungen führt unter dem Strich zu einer ähnlichen Lebenshaltungskostenbelastung der Einkommen vom 3. bis zum 9 Einkommensdezil. Obwohl die einkommensstärkste Gruppe durch Steuern überproportional belastet wird, fällt die Belastung der Lebenshaltungskosten in der wohlhabendsten Gruppe deutlich tiefer aus. Auffällig stark belasten Lebenshaltungskosten dagegen die beiden einkommensschwächsten Gruppen. Durchschnittlich Auslagen könnten sich 20% der Bevölkerung nicht leisten.

* Berner Fachhochschule, Soziale Arbeit

** Universität Bern, Institut für Soziologie

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	5
2	Forschungsstand	5
2.1	International	5
2.2	Schweiz	7
3	Analysestrategie, Daten und Methoden	8
3.1	Verteilungsanalyse mit verknüpften Steuerdaten	8
3.1.1	Populations- und Haushaltsdefinition	9
3.1.2	Einkommensdefinition	9
3.2	Analysestrategie zur Bestimmung der Ungleichheitseffekte	10
3.2.1	Lebenshaltungskosten in der Schweiz	12
3.2.2	Kosten für den Alltagsbedarf	14
3.2.3	Kosten für Wohnen	15
3.2.4	Kosten für Krankenkassenprämien.....	17
3.2.5	Direkte Steuern auf Einkommen und Vermögen	18
3.3	Übersicht: Modellierung der Lebenshaltungskosten in unterschiedlichen Szenarien	19
4	Einfluss der Lebenshaltungskosten auf Ungleichheit der frei verfügbaren Einkommen	20
4.1	Szenario - minimale Auslagen	20
4.2	Szenario - durchschnittliche Auslagen	22
4.3	Szenario - einkommensabhängige Auslagen	23
4.4	Szenario - regional unterschiedliche Auslagen	25
4.5	Kantonale Unterschiede	27
5	Schlussbetrachtung	29
6	Literatur	32
7	Anhang	36
7.1	Tabellen Lebenshaltungskosten und Zusatzauswertungen	36
7.2	System der Prämienverbilligungen in der Schweiz	43

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 : Zusammensetzung der Haushaltsausgaben in der Schweiz	12
Abbildung 2 : Belastung der Haushaltseinkommen durch minimale Lebenshaltungskosten..	21
Abbildung 3: Auswirkungen minimaler Lebenshaltungskosten auf die Einkommensungleichheit	21
Abbildung 4 : Belastung der Haushaltseinkommen durch durchschnittliche Auslagen	22
Abbildung 5: Auswirkungen durchschnittlicher Lebenshaltungskosten auf die Einkommensungleichheit	23
Abbildung 6 : Belastung der Haushaltseinkommen durch einkommensabhängige Auslagen.	24
Abbildung 7: Auswirkungen einkommensabhängiger Lebenshaltungskosten auf die Einkommensungleichheit	24
Abbildung 8 : Belastung der Haushaltseinkommen durch regional unterschiedliche Auslagen	26
Abbildung 9: Auswirkungen regional unterschiedlicher Lebenshaltungskosten auf die Einkommensungleichheit	26
Abbildung 10 : Belastung der Haushaltseinkommen durch Lebenshaltungskosten nach Kanton	27
Abbildung 11: Einkommen abzüglich Auslagen unterschieden nach Kantonen	28
Abbildung 12 : Direkte Steuern auf Einkommen und Vermögen nach Einkommensklassen	40
Abbildung 13 : Direkte Steuern auf Einkommen und Vermögen nach Kanton	41
Abbildung 14 : Wohneigentum nach Einkommensklassen	42

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1 : Einkommensdefinitionen und -komponenten	9
Tabelle 2 : Grundlagen der Herleitung der Kosten für den Alltagsbedarf	14
Tabelle 3: Grundlagen der Herleitung der Wohnkosten	15
Tabelle 4: Grundlagen der Herleitung der Kosten von Krankenkassenprämien	17
Tabelle 5: Grundlagen der Ausgaben für direkte Steuern	19
Tabelle 6 : Übersicht Analyseszenarien und Grundlagen der Lebenshaltungskostenmodellierung	20
Tabelle 7: Monatliche Alltagsauslagen in den Szenarien «minimale Auslagen» und «durchschnittliche Auslagen»	36
Tabelle 8: Lebenshaltungskostenfaktor ¹ nach Einkommensklassen	36
Tabelle 9: Lebenshaltungskostenfaktor ¹ nach Kanton.....	37
Tabelle 10: Monatliche Wohnkosten in den Szenarien «minimale Auslagen» und «durchschnittliche Auslagen» (Bruttomieten).....	37
Tabelle 11: Wohnkostenfaktor nach Einkommensklassen.....	38
Tabelle 12: Monatliche Wohnkosten nach Kanton	38
Tabelle 13: Monatliche Ausgaben für Krankenkassenprämien in den Szenarien «minimale Auslagen» und «durchschnittliche Auslagen»	39
Tabelle 14: Monatliche Ausgaben für Krankenkassenprämien ¹ nach Kanton	39
Tabelle 15: Prämienverbilligungen PV nach Kanton	40

1 Einleitung

Ungleichheitsstudien untersuchen in der Regel die Verteilung der Einkommen. Nicht berücksichtigt werden dabei die Lebenshaltungskosten, obwohl letzten Endes nicht die Einkommen sondern die Konsummöglichkeiten, die relevante Bezugsgrösse einer ökonomischen Wohlfahrtsanalyse darstellen (OECD, 2013; UNECE, 2011). Ausgaben für Wohnen, Krankenkassenprämien, direkte Steuern und Auslagen für den täglichen Bedarf sind regelmässig anfallende Kosten, welche die Haushaltsbudgets in Abhängigkeit von der finanziellen Situation erheblich oder kaum belasten. Es besteht zwar Spielraum, wie viel für Lebenshaltungskosten aufgewendet wird. So ist es etwa möglich, den für Nahrungsmittel oder Wohnen aufgewendeten Betrag auf die eigenen Bedürfnisse anzupassen. Auch Krankenkassenprämien können aus einem gegebenen Angebot gewählt werden. Auf die erwähnten Auslagen gänzlich verzichten kann allerdings niemand. Teilweise sind sie zudem an den Wohnort gekoppelt. Wohnkosten sind stark vom regionalen Wohnungsmarkt abhängig. Auch Krankenkassenprämien, das System der Prämienverbilligung und der direkten Steuern unterscheiden sich nach Wohnort, da die Ausgestaltung der wohlfahrtsstaatlichen Instrumente von den Kantonen und Gemeinden abhängen. Wie stark Kostenfaktoren die ökonomische Ungleichheit beeinflussen, ist in der internationalen und nationalen Forschung aber bislang wenig untersucht. In unserem Beitrag beurteilen wir Lebenshaltungskosten aus einer Ungleichheitsperspektive und gehen folgenden Fragestellungen nach:

- 1) Wie wirken sich Lebenshaltungskosten auf die Verteilung der frei verfügbaren Einkommen aus?
- 2) Welchen Einfluss haben regional unterschiedliche Lebenshaltungskosten auf die gesamtgesellschaftliche Ungleichheit und auf Unterschiede zwischen geografischen Räumen?

Auf der Basis von Steuerdaten von sechs grossen Kantonen der Schweiz, die es erlauben die finanzielle Situation von rund 45 Prozent der Schweizer Bevölkerung abzubilden, entwickeln wir nachfolgend eine Kombination von daten- und modellgestützten Szenarien, die eine gesamtgesellschaftliche Beurteilung der Effekte der Lebenshaltungskosten auf die Ungleichheit der frei verfügbaren Einkommen ermöglichen. Wir beziffern dabei den Effekt der Wohnkosten, der Krankenkassenprämien (inkl. individuellen Prämienverbilligungen) und direkten Einkommens- und Vermögenssteuern. Dabei gehen wir auf kantonale Unterschiede ein. Den Beitrag beginnen wir mit einer Übersicht zu bestehenden Studien (vgl. Abschnitt 2). Ausgehend davon stellen wir in Abschnitt 3 unsere Analysestrategie sowie die genutzten Daten und Methoden vor. Im Kern steht die Herleitung der Lebenshaltungskosten, die für die empirische Analyse genutzt werden können (Abschnitt 4). Schliesslich zeigen wir auf, wie stark Lebenshaltungskosten die Bevölkerung in Abhängigkeit der finanziellen Situation belasten und wie sich dies insgesamt auf die ökonomische Ungleichheit - gemessen am Gini-Koeffizienten der Einkommen vor und nach Lebenshaltungskosten - auswirkt. Wir schliessen den Beitrag mit einer allgemeinen Einordnung der gewonnenen Erkenntnisse für die Ungleichheitsforschung.

2 Forschungsstand

2.1 International

In den letzten Jahren erhielt die Forschung zur Entwicklung der ökonomischen Ungleichheit viel Aufmerksamkeit (Chancel et al., 2021). Dabei gehen nur wenige Studien auf die Bedeutung der Lebenshaltungskosten ein. Argente & Lee (2021) argumentieren, dass eine Vernachlässigung der Preise für spezifische Güter zu Fehleinschätzungen bei der Beurteilung der Konsummöglichkeiten und der Einkommensungleichheit führen. Sie stützen ihr Argument mit einer Analyse von Konsumdaten, auf deren Basis sie einkommensabhängige Preisindizes für die Jahre 2004-2016 berechnen. Sie stellen dabei fest, dass die jährliche Inflation nach Einkommensklassen deutlich

unterschiedlich war und besonders im Nachgang der Finanzkrise von 2007 die Ungleichheit verschärfte. Auch mit der stark angestiegenen Teuerung im Jahr 2022 (OECD, 2022) rückten vermehrt Fragen zur Belastung von Haushalten in den Vordergrund. Dazu ermittelte Handrich (2022) auf der Basis eines statistischen Modells die einkommensabhängige Belastung durch Mehrausgaben als Folge der Teuerung im Jahr 2022. Er verwendet hierfür das sozioökonomische Panel und die Einkommens- und Verbrauchsstatistik. Gemäss den Auswertungen trifft die Inflation einkommensschwache Haushalte am stärksten. Haushalte im untersten Dezil müssen bei moderater Inflationsentwicklung 5.3 Prozent ihres Nettohaushaltseinkommens mehr aufbringen, um sich einen Lebensstandard wie im Vorjahr leisten zu können. Bei einkommensstarken Haushalten sind es mit 1.1 Prozent deutlich weniger. Zu ähnlichen Ergebnissen kommen Kröger et al. (2022). Basierend auf Energieausgabe-Daten als Zusatzerhebung des sozioökonomischen Panels stellen die Autoren fest, dass die steigenden Gaspreise als Folge des Krieges in der Ukraine Haushalte mit tiefen Einkommen ungleich stärker treffen als sozioökonomisch starke Gruppen und dies deswegen die Ungleichheit verschärft. Albouy et al. (2016) untersuchten zudem, wie sich die Entwicklung im Wohnungsmarkt in den letzten Jahrzehnten auf die Wohnkosten ausgewirkt haben. Dabei entwickeln sie einen Lebenshaltungskosten-Index anhand dessen sich aufzeigen lässt, dass Haushalte mit wenig Einkommen stärker von den steigenden Wohnkosten tangiert sind. Dies ist mit einer nicht zu vernachlässigenden Verstärkung der Einkommensungleichheit bei den Einkommen abzüglich Ausgaben für Wohnen verbunden.

Einige Studien weisen zudem auf die Wichtigkeit der regionalen Unterschiede innerhalb eines Landes hin. Azzoni & Servo (2002) analysierten etwa die Lohnungleichheit in den 10 grössten Metropolregionen Brasiliens in den 1990er Jahren. Dabei verwenden sie Nominal- und Reallohndaten, welche die Unterschiede der Lebenshaltungskosten durch regionale Preisindizes abbilden. Die Berücksichtigung der Lebenshaltungskosten führt zu einer Neubeurteilung der Einkommensungleichheiten zwischen den Regionen. Auch Surinov & Luppov (2021) entwickelten ein Verfahren zur kaufkraftbereinigten Messung der Einkommensungleichheit. Die Studie zeigt für Russland, dass eine regionale Kaufkraftbereinigung insgesamt zu einer gleichmässigeren Verteilung von Haushaltseinkommen führt. Auch Hillringhaus & Peichl (2010) bemängeln den eingeschränkten Fokus bei der Beurteilung von Ungleichheit und der Verbreitung von Armut in der deutschen Forschungslandschaft, die durch die Betrachtung der Einkommen ohne Ausgaben erfolgt. Ihre Analyse zieht regional divergierende Lebenshaltungskosten mit ein und weist darauf hin, dass bisherige Analysen die Armutsquoten für Nord-, Ost- und Westdeutschland überschätzen und für den Süden Deutschlands unterschätzen. Auch sie stellen aber insgesamt eine Reduktion der Einkommensungleichheit fest, wenn die Analyse eine erweiterte Betrachtung unterschiedlicher Lebenshaltungskosten umfasst.

Insgesamt zeigt die bisherige Forschung, dass Lebenshaltungskosten relevante Faktoren der Ungleichheitsbetrachtung sind und dass diese zeitlich und regional variieren können. Jüngst haben die Inflation und steigende Energiepreise vermehrt Aufmerksamkeit erhalten, wobei allerdings wissenschaftliche Literatur mit aktuellen Daten weitgehend aussteht. Auch die Entwicklungen der allgemeinen Kosten auf dem Wohnungsmarkt wurden beforscht. Insgesamt verschärfen in der Regel steigende Wohnkosten die Ungleichheit, weil Menschen mit tiefen Einkommen dadurch einen grösseren Teil der Haushaltsbudgets für Wohnen aufwenden müssen. Werden regionale Lebenshaltungskosten für Analysen zur Einkommensungleichheit berücksichtigt, ist dies in der Regel mit einer Reduktion der gesamtgesellschaftlichen Einkommensungleichheit verbunden im Vergleich zu einer Analyse, die regionale Unterschiede vernachlässigt. Dies lässt sich darauf zurückführen, dass teurere Regionen sowohl mit hohen Löhnen aber auch mit höheren Lebenshaltungskosten verbunden sind.

2.2 Schweiz

Für die Schweiz liegen bisher keine Studien vor, die Lebenshaltungskosten aus einer Perspektive der Ungleichheit einbeziehen. Verschiedene Berichte und Studien zeigen jedoch, welche Lebenshaltungskosten erwartbar mit einkommensabhängigen Belastungen verbunden sind und in welchen Bereichen es in den letzten Jahren besondere Veränderungen gab.

Im «Verteilungsbericht 2020» untersuchen Lampart & Schüpbach (2020) die Verteilung der Einnahmen und die Belastungen durch Ausgaben in der Schweiz. Sie untersuchen dabei Veränderungen in der Periode zwischen 2000 und 2019. Sie betonen, dass trotz Zunahme der unteren und mittleren Löhne die Einkommensverteilung aufgrund von stark angestiegenen Toplöhnen bis zur Finanzkrise im Jahr 2008 deutlich ungleicher ausgefallen ist. Diese Ungleichverteilung verschärft sich insbesondere durch den markanten Anstieg der Krankenkassenprämien, welche sich in den letzten 20 Jahren im Durchschnitt verdoppelt haben. Die steigende Prämienlast wird aber durch die Prämienverbilligungen für untere und mittlere Einkommen immer weniger abgemildert. Auf Basis der Daten von 2018 zur Steuerbelastung in den Kantonshauptorten der Eidgenössischen Steuerverwaltung (ESTV) zeigen Lampart & Schüpbach (2020) zudem auf, dass die hohen Einkommen stärker von vorrangig kantonalen Steuersenkungen seit den 1980er Jahren profitieren konnten als mittlere Einkommen und die Steuerprogression dadurch reduziert wurde. Während Steuerreformen also vorrangig den oberen Einkommensklassen zugutekamen, trafen der Anstieg der Krankenkassenprämien bei gleichzeitig stagnierender Prämienverbilligung hauptsächlich die mittleren und unteren Einkommensklassen.

Hinweise zur Vielfalt der Faktoren, welche mit regionalen Unterschieden innerhalb der Schweiz verbunden sind, lassen sich zudem aus Studien von Ökonomen der Credit Suisse entnehmen. Diese publizieren seit 2006 in regelmässigen Abständen eine Bewertung der finanziellen Wohnattraktivität von Gemeinden und Kantonen der Schweiz. Dafür wird anhand eines selbst entwickelten RDI-Indikators (Regional Disposable Income) für jede Gemeinde und jeden Kanton das frei verfügbare Einkommen eines Mittelstand Haushaltes bestimmt. Neben der Steuerbelastung werden Kostenpunkte wie Krankenversicherungsprämien und allfällige Prämienverbilligungen, standortgebundene Miet- und Immobilienpreise, Familienzulagen und die Kosten für Pendelverkehr berücksichtigt. In der Ausgabe von 2016 (Rühl et al. 2016) werden zusätzlich Auslagen für die externe Kinderbetreuung miteinbezogen. Das Kantonsranking zeigt dabei wenig überraschend, dass ländliche Kantone wie Uri und Glarus, welche sich durch geringe Wohnkosten und tiefe Belastungen in Bezug auf Steuern und Abgaben auszeichnen, das Haushaltsbudget am wenigsten belasten, während in städtisch geprägte Kantone wie Genf und Basel-Stadt das Leben insbesondere durch hohe Wohnkosten teurer ist. In der neuesten Analyse (Schüpbach et al., 2021) werden nebst kantonalen und subkantonalen Ungleichheiten der Lebenshaltungskosten auch Unterschiede nach Haushaltstypen ausgewiesen. Dabei lassen sich gemäss der Autorenschaft insbesondere für Familien mit Kindern markante Unterschiede im Ranking erkennen. Diese lassen sich auf kantonal unterschiedliche Familienzulagen, Beiträge an Kinderbetreuungskosten sowie familien-spezifische Steuerregelungen zurückführen. Im familien-spezifischen interkantonalen Ranking leben Paare mit Kindern im Kanton Wallis am günstigsten.

Meuli & Knöpfel (2021) kommen in einer breit angelegten Studie zu den Lebenshaltungskosten im Alter zum Schluss, dass wohnortsspezifische Faktoren besonders relevant für die Beurteilung der Ungleichheit im Alter sind. Sie nehmen dabei unter anderem finanzielle Ungleichheiten in Bezug auf Betreuungs- und Pflegekosten in den Fokus und stellen fest, dass das frei verfügbare Einkommen nicht nur von der finanziellen Ausgangssituation von Rentnerinnen und Rentnern abhängt, sondern ebenso von wohnortsabhängigen Fixkosten wie Mieten, Krankenkassenprämien und Steuern sowie den regional unterschiedlichen Sozialtransfers und Spitexkosten. So ermitteln Meuli & Knöpfel (2021) bei einem mittleren Einkommen im Jahr 2018 je nach Wohnort einen variierenden Anteil zwischen 6 und 54% des Einkommens für Spitexkosten.

Die bisherigen Arbeiten lassen vermuten, dass sich in den letzten Jahrzehnten die Ungleichheit der Realeinkommen verschärft hat. Zudem ist bekannt, dass regionale Unterschiede bestehen. Es wird daraus auch die Vielfältigkeit der Faktoren ersichtlich, die – je nach Lebenssituation und Wohnort – die finanzielle Lage beeinflussen können. Die für die Schweiz besprochenen Studien und Berichte basieren allerdings entweder auf einer Sammlung an Aggregatdaten oder aus Simulationsrechnungen für Beispielhaushalte. Aus diesen können relevante Kostenfaktoren abgeleitet werden. Für eine gesamtgesellschaftliche Einordnung sind aber Individual-Daten zur Einkommensverteilung nötig. Studien, die Einkommensdaten mit Ausgaben kombinieren, liegen bisher keine vor. Mit der schweizerischen Haushaltsbudgeterhebung (HABE) werden allerdings in regelmässigen Abständen die Einkommen und Ausgaben der Schweizer Haushalte detailliert erfasst und ausgewiesen (vgl. Abschnitt 3.2.1).

3 Analysestrategie, Daten und Methoden

Für den vorliegenden Beitrag nutzen wir verknüpfte Steuerdaten, die es erlauben, die finanzielle Situation der Bevölkerung in der Schweiz verlässlich abzubilden und verschiedene Vorteile mit sich bringen, wie nachfolgend beschrieben wird (Hümbelin & Farys, 2016). Da umfassende Registererhebungen zu den Ausgaben in der Schweiz nicht zur Verfügung stehen, leiten wir in der Schweiz anfallende nötige Auslagen nachfolgend aus externen Quellen her, wie weiter unten in Abschnitt 3.2 ausführlich beschrieben.

3.1 Verteilungsanalyse mit verknüpften Steuerdaten

Für den vorliegenden Beitrag können wir die Datengrundlage des SNF-Projektes «Ungleichheit, Armutsrisiken und Wohlfahrtsstaat»¹ nutzen. Diese umfassen die WiSiER-Daten² (Wanner, 2019) und beinhalten einige für unsere Fragestellung hilfreiche Erweiterungen. Der WiSiER Datensatz beinhaltet harmonisierte kantonale Steuerdaten und weitere Daten des Bundesamts für Statistik (BFS), der Zentralen Ausgleichsstelle (ZAS) und des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO) und wurde für Forschungsprojekte des Bundesamts für Sozialversicherungen (BSV) erstellt. Vom BFS wurden darüber hinaus Informationen aus der Statistik der Bevölkerung und der Haushalte (STATPOP), der Gebäude- und Wohnungsstatistik (GWS), der Sozialhilfestatistik (SHS), der Strukturhebung (SE) und der Statistik der natürlichen Bevölkerungsbewegung (BEVNAT) zur Verfügung gestellt. Im Rahmen des SNF-Projekts haben wir zusätzliche Daten zu individuellen Prämienverbilligungen (IPV), Stipendien, Alimentenbevorschussung und weitere kantonsspezifische Bedarfsleistungen (WBSL) verknüpft. Damit ist die finanzielle Situation von Haushalten mit wenig Einkommen sehr präzise abgebildet. Schliesslich wurden Informationen zu den direkten Steuern auf Einkommen und Vermögen beschafft. Der Datensatz beinhaltet damit umfassende Informationen zur Einkommenslage der Schweizer Bevölkerung und diversen staatlich organisierten Instrumenten des Ausgleichs. Zudem lässt sich aus den Daten die Wohngemeinde der Haushalte ermitteln, was regionale Analysen ermöglicht. Für den vorliegenden Beitrag können wir Daten von sechs Kantonen nutzen. Es handelt sich dabei um die Kantone Aargau (AG), Bern (BE), Genf (GE), Luzern (LU), St. Gallen (SG) und Wallis (VS). Damit stehen uns für die Analyse 3'851'095 von 8'423'612 Personen (Stand 2015) zur Verfügung, was ungefähr 45% der Bevölkerung entspricht. Die Daten decken zudem sowohl Teile der deutschsprachigen als auch der französischsprachigen Schweiz ab.

¹ <https://inequalities.unibe.ch/projects/>

² [Wirtschaftliche Situation von Personen im Erwerbs- und im Rentenalter \(WiSiER\) \(admin.ch\)](#)

3.1.1 Populations- und Haushaltsdefinition

Grundlage der Analysen bildet die ständige Wohnbevölkerung in Privathaushalten. D.h. Personen in Kollektivhaushalten werden für die Analysen ausgeschlossen. Zusätzlich ist es für die Analysen nötig, einige weitere Eingrenzungen vorzunehmen, beispielsweise wenn für Haushalte die finanzielle Situation nicht ausreichend präzise bestimmt werden kann, etwa wenn eine unzureichende Anzahl an Steuerdossiers³ (mindestens 50% der Steuerpflichtigen im Haushalt) vorliegt oder wenn in Haushalten Personen der nicht-ständigen Wohnbevölkerung leben. Die Analysen erfolgen auf Individualebene, wobei sich die finanzielle Situation aus der Äquivalenzskalierung⁴ der Haushaltseinkommen ergibt. Dabei folgen wir der Annahme, dass Personen, die gemeinsam wohnen auch ihre Einkünfte teilen. Ein Haushalt ist derart definiert, dass Personen dieselbe Haushalts-ID gemäss Gebäude- und Wohnungsstatistik haben. Dabei schränken wir die Daten auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter und deren Kinder ein, weil damit die Annahmen bezüglich der Lebenshaltungskosten einheitlicher modelliert werden können.

3.1.2 Einkommensdefinition

Um die Auswirkung von Lebenshaltungskosten auf die Einkommensverteilung valide untersuchen zu können ist es nötig, alle Einkommen umfassend abzubilden. Dies umfasst die in der Steuererklärung erfassten Markteinkommen aus Erwerbstätigkeit und von Vermögen, aber auch alle steuerbaren Ersatzeinkünfte aus Sozialversicherungsleistungen, private Transfers sowie die nicht steuerbaren Bedarfsleistungen (wie die Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen oder individuelle Prämienverbilligungen). Nur so ist es möglich, die finanzielle Lage der Gesamtbevölkerung gesamthaft beurteilen zu können. Ohne die Einkünfte aus Sozialversicherungen und Bedarfsleistungen würde die finanzielle Lage der Menschen mit wenig Einkommen aus Marktaktivitäten unterschätzt. Für die nachfolgenden Analysen ist zudem eine Klärung genutzter Einkommenskonzepte nötig. Der Effekt der Lebenshaltungskosten wird beispielsweise ermittelt, indem die Einkommensverteilung vor und nach Lebenshaltungskosten verglichen wird. Zudem wird für einzelne Analysen eine Einteilung der Bevölkerung nach Einkommensklassen vorgenommen, um einkommensabhängige Effekte aufzeigen zu können. Für diese Einteilung werden die Einkommen vor Bedarfsleistungen verwendet. Tabelle 1 gibt einen Überblick zu den genutzten Einkommensdefinitionen und den zugrundeliegenden Einkommenskomponenten.

Tabelle 1 : Einkommensdefinitionen und -komponenten

Einkommensvariable	Einkommenskomponenten
<i>Markteinkommen</i>	<i>Erwerbseinkommen</i> : Nettoeinkommen aus selbständiger und unselbständiger Erwerbstätigkeit und übrige Erwerbseinkünfte (Sozialversicherungsbeiträge bereits abgezogen) <i>Vermögenseinkünfte</i> : Einkommen aus Vermietung von Liegenschaften und von Wertschriften
<i>Sozialversicherungsleistungen</i>	Einkommen aus Versicherungsleistungen wie Arbeitslosentaggelder, Krankentaggelder, Erwerbsersatz und AHV/IV-Renten u.ä.

Noch nicht definitiv veranlagte Steuerdossiers wurden von den Steuerbehörden im Export nicht zur Verfügung gestellt.

Dabei handelt es sich um zwischen 2 bis 4 Prozent der Dossiers je Jahr.

Um Haushalte unterschiedlicher Grösse miteinander vergleichbar zu machen, nehmen wir eine Äquivalenzskalierung gemäss der OECD-Skala vor. Dabei wird das Haushaltseinkommen durch einen Gewichtungsfaktor geteilt, der sich durch die Anzahl Haushaltsmitglieder und deren Alter bestimmt. Die erste Person im Haushalt geht mit dem Wert 1 in die Rechnung ein, jede weitere Person im Alter von 14 oder mehr Jahren mit 0,5 und Kinder unter 14 mit 0,3.

<i>Private Transfer</i>	Erhaltene und ausbezahlte Unterhaltungsleistungen an Partner:innen und Kind(er)
Einkommen vor Bedarfsleistungen	Markteinkommen + Versicherungsleistungen + private Transfers
<i>Bedarfsleistungen</i>	Sozialhilfe, Ergänzungsleistungen Individuelle Prämienverbilligungen, Stipendien, Alimenterbevorzugung und weitere kantonsspezifische Bedarfsleistungen
Einkommen nach Transfers	Einkommen vor Bedarfsleistungen + Bedarfsleistungen
<i>Lebenshaltungskosten</i>	<i>Ausgaben für Alltagsgüter:</i> Nahrungsmittel, Hygieneartikel, Kommunikation, Information, Mobilität, etc. <i>Krankenkassenprämien</i> <i>Wohnkosten:</i> Nettomieten plus Nebenkosten. <i>Steuern:</i> Bezahlte Steuern auf Einkommen und Vermögen (direkte Bundessteuer, Kantons- und Gemeindesteuern)
Frei verfügbare Einkommen	Einkommen nach allen Transferleistungen - Lebenshaltungskosten

3.2 Analysestrategie zur Bestimmung der Ungleichheitseffekte

Damit wir aufzeigen können, wie sich Lebenshaltungskosten auf die Einkommensverteilung auswirken, leiten wir in einem ersten Schritt die Lebenshaltungskosten der Schweiz her. Dabei fokussieren wir uns auf offizielle Quellen und Statistiken oder wir stützen uns direkt auf unsere Daten ab mit dem Ziel, die Lebenshaltungskosten möglichst umfassend abzudecken. Wie hoch die für die Lebensführung nötigen Ausgaben sind, lässt sich dabei allerdings nicht abschliessend festlegen. Wir bilden deswegen vier Szenarien, welche Lebenshaltungskosten mit unterschiedlichen Annahmen und Grundlagen abbilden. Schliesslich lässt sich aus der empirischen Analyse unter Einbezug der vier entwickelten Szenarien einsehen, wie sich die Einkommensverteilung unter Einbezug der Lebenshaltungskosten in den hergeleiteten Szenarien verändert und aus dem Vergleich der jeweiligen Resultate lassen sich zudem einzelne Effekte isolieren. Es kann etwa der Einfluss der regionalen Unterschiede auf die gesamtgesellschaftliche Ungleichheit ausgewiesen werden. An dieser Stelle wird die allgemeine Strategie der Szenarien eingeführt. Weiter unten in Abschnitt 3.2.1 wird die konkrete Herleitung der Lebenshaltungskosten vorgenommen. Folgende Szenarien werden in den Analysen verfolgt:

- *Szenario: «minimale Lebenshaltungskosten».* In diesem Szenario werden ausgehend von den Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS) die minimalen Lebenshaltungskosten hergeleitet. Diese Richtlinien finden zur Bemessung des Anspruchs auf Sozialhilfe breite Anwendung und sie werden durch das Bundesamt für Statistik als Ausgangspunkt für die Armutsmessung genutzt. D.h. die notwendigen Lebenshaltungskosten in diesem Szenario werden so gebildet, dass sie der Armutsgrenze entsprechen.
- *Szenario: «durchschnittliche Lebenshaltungskosten»:* Hierbei stützen wir uns auf die durchschnittlichen Kosten ab, die im Zuge der Haushaltsbudget-Befragung (HABE) erfasst werden und detailliert Auskunft zu den in der Schweiz üblicherweise getätigten Ausgaben geben. Aus dem Vergleich mit dem Szenario «minimale Lebenshaltungskosten» lässt sich empirisch aufzeigen, wie sich die finanzielle Lage der Bevölkerung verändert, wenn

anstelle der minimalen Auslagen in der Bevölkerung durchschnittliche Auslagen in der Modellierung genutzt werden.

- *Szenario: «Einkommensabhängige Lebenshaltungskosten»:* Dieses Szenario verfolgt die Idee, dass Lebenshaltungskosten von der Lebenslage abhängen. Das ist beispielsweise bei progressiven direkten Steuern offensichtlich, aber es kann auch argumentiert werden, dass Alltagsauslagen mit der Höhe des Einkommens korrelieren. Dafür gibt es ökonomische Argumente. So erhalten Familien etwa Betreuungszulagen, was mit höheren Einkommen verbunden ist, aber viele haben als Folge externer Betreuung auch höhere Auslagen. Zudem kann soziologisch argumentiert werden, dass die Höhe der Einkommen mit lebenslagespezifischen Auslagen verbunden ist. Menschen suchen sich etwa eine Wohnlage oder Kleidung entsprechend ihrem sozioökonomischen Status aus. Entsprechend dieser Überlegungen versucht dieses Szenario einkommensspezifisch notwendige Auslagen mit einzubeziehen.
- *Szenario: «regionale Unterschiede»:* Dieses entwickelt das Modell der einkommensabhängigen Lebenshaltungskosten weiter, in dem die regionalen Unterschiede mitberücksichtigt werden. Diese kommen in der föderalen Schweiz auf der Ebene der Kantone und der Gemeinden zum Tragen. Sie schlagen sich besonders in der unterschiedlichen Ausgestaltung staatlicher Instrumente wie kantonaler und kommunaler Einkommens- und Vermögenssteuern nieder, aber auch in unterschiedlichen Kosten der Krankenkassenprämien und den Modellen der individuellen Prämienverbilligungen. Die allgemeinen Preisunterschiede für die Auslagen des täglichen Lebens variieren in der Schweiz dabei nur gering, allerdings hat sich in den letzten Jahren der Wohnungsmarkt dynamisch entwickelt, was mit unterschiedlichen Wohnkosten in Abhängigkeit von der Wohnregion verbunden ist.

Sind die Lebenshaltungskosten bestimmt, kann deren Auswirkung auf die Einkommensverteilung anhand der Daten bestimmt werden. Dies geschieht mit folgenden Analysetechniken:

(1) *Gesamtgesellschaftliche Effekte:* Wir nutzen ein Verfahren, welches Reynolds & Smolensky (1977) bereits in den 1970er Jahren entwickelt haben und die heute in verschiedenen Verteilungsstudien Anwendung findet (Caminada et al., 2019a; Causa & Hermansen, 2020; Hümbelin, Farys, Jann, et al., 2021). Dieses nutzt den Gini-Koeffizienten als Masszahlen der Ungleichheit, wobei der Wert Eins für eine absolute Ungleichverteilung (einer besitzt alles) und der Wert Null für eine perfekte Gleichverteilung stehen (alle besitzen gleich viel). Mit Hilfe des Gini-Koeffizienten wird die Ungleichheit der Einkommen vor und nach Berücksichtigung der Lebenshaltungskosten bestimmt und die beiden Werte können miteinander verglichen werden. Steigt der Gini-Koeffizient, so entspricht dies einer Zunahme. Eine kleinere Masszahl steht für eine Reduktion der Ungleichheit. Damit die Bedeutung unterschiedlicher Kostenposten miteinander verglichen werden können, wird die Differenz mit schrittweisem Einbezug der jeweiligen Posten ermittelt. Weil die Reihenfolge der einzelnen Kostenposten einen Einfluss auf die Höhe des Effektes haben, werden alle Ausgaben ausgehend vom Einkommen nach allen Transferleistungen (vor Lebenshaltungskosten) ermittelt. Die Effekte werden nachträglich gemäss dem anteilmässigen Beitrag zum Gesamteffekt⁵ der Lebenshaltungskosten gewichtet, so dass die Summe der Einzeleffekte dem Gesamteffekt entspricht.

(2) *Einkommensabhängige Effekte:* Die Analyse der gesamtgesellschaftlichen Effekte wird ergänzt durch eine Berechnung der mittleren Belastung der Haushaltsbudgets durch die einzelnen Kostenposten entlang der Einkommensdezile. Das gibt Aufschluss darüber, wie stark die Haushalte in Abhängigkeit der Einkommensposition durch notwendige

Der Gesamteffekt umfasst die Differenz des Gini-Koeffizienten vor allen Lebenshaltungskosten im Vergleich zum Gini-Koeffizienten der Einkommen nach allen Lebenshaltungskosten.

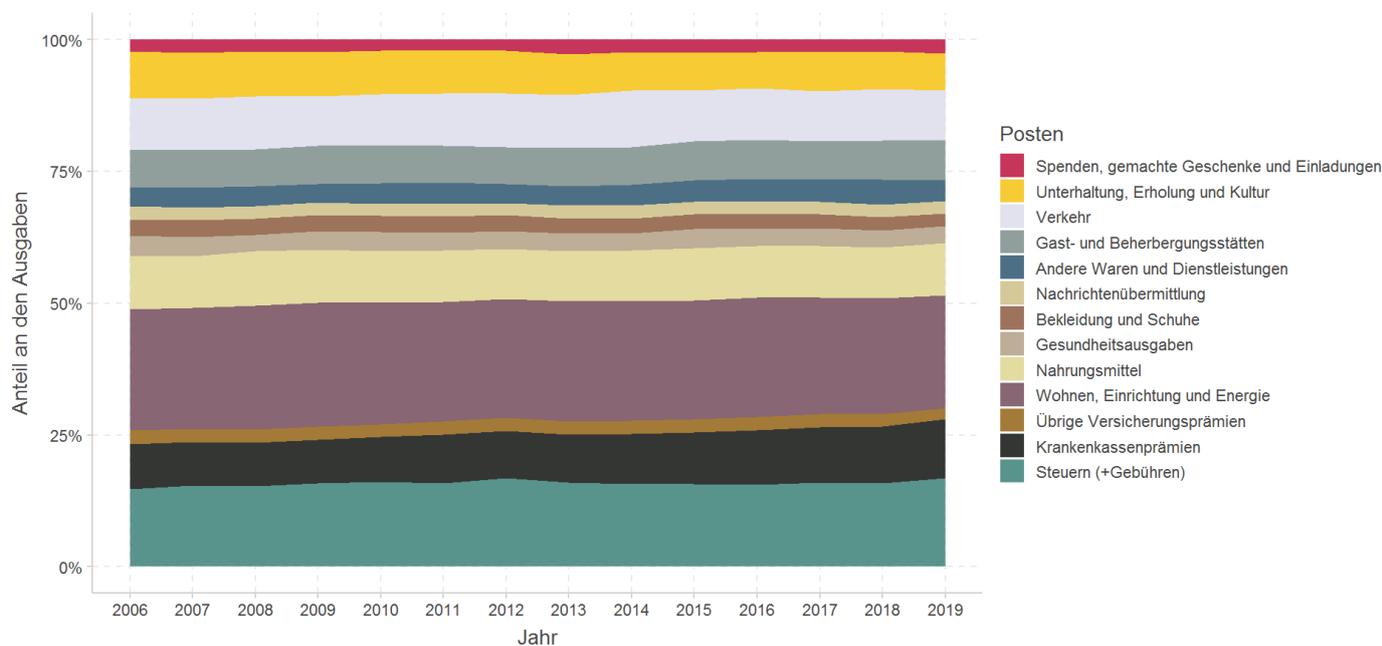
Ausgaben belastet werden. Die Einteilung der Haushalte in die jeweiligen Einkommensde- zile erfolgt dabei anhand des Einkommens vor Bedarfsleistungen (vgl. Tabelle 1) und so- mit vor staatlichem Ausgleich über Bedarfsleistungen und Steuern. Die Berechnung der Belastung der Haushaltsbudgets erfolgt allerdings anhand der Einkommen nach allen Transferleistungen.

(3) *Regionale Unterschiede:* Als Folge der föderalen Organisation und der Ausgestaltung der Wirtschaftslage ist die Schweiz durch regionale Unterschiede gekennzeichnet, die sich in unterschiedlichen Möglichkeiten der Wohlstandserzielung, aber auch in unterschiedli- chen Auslagen niederschlagen. Wir legen dabei ein besonderes Augenmerk auf die Unter- schiede nach Kanton.

3.2.1 Lebenshaltungskosten in der Schweiz

Um einen ersten Eindruck davon zu erhalten, für was und in welchem Umfang die Bevölkerung in der Schweiz Geld ausgibt, können die Statistiken der Haushaltsbudgeterhebung konsultiert wer- den. Abbildung 1 zeigt die Kostenposten, wie sie in dieser Statistik geführt werden und wie sich ihre Zusammensetzung in den Jahren 2006 bis 2019 verändert hat. Die Abbildung zeigt, dass Haushalte in der Schweiz in sehr unterschiedlichen Bereichen Geld ausgeben. Es geht aus der Ab- bildung zudem hervor, welche Kosten einen grösseren und welche einen kleineren Stellenwert einnehmen.

Abbildung 1 : Zusammensetzung der Haushaltsausgaben in der Schweiz



Quelle: HABE Statistik 2006 – 2019. Um die Darstellung übersichtlicher zu machen, haben wir ausgehend von den publi- zierten Statistiken folgende Gruppen zusammengefasst: Alkoholhaltige Getränke zu Nahrungsmitteln, Wohnungseinrich- tungen zu Wohnen und Energie, Zusatzversicherungen der Krankenkassen und obligatorische Prämien zu Krankenkas- senprämien, Gebühren zu Steuern. Zudem sind Sozialversicherungsabgaben ausgeklammert⁶.

Wohn- und Energiekosten sind mit gut einem Viertel der grösste Ausgabenposten im Haushalts- budget. Der Wohn- und Energiekostenanteil verläuft seit 2006 in der Gesamtheit konstant. Wer- den die Ausgaben für Wohnen und Energie jedoch nach Ausgaben von Mietenden und Kosten

⁶ In unserem Beitrag stehen die Ausgaben im Fokus, die mit den Nettoeinkommen getragen werden und über die Haus- halte einen gewissen Entscheidungsspielraum verfügen. Da Sozialversicherungsabzüge schweizweit einheitlich von den Bruttoeinkünften abgezogen werden, klammern wir die Sozialversicherungsabzüge hier aus.

von Wohneigentümer:innen unterteilt, wird ersichtlich, dass die Kosten für Eigentümer:innen aufgrund der tiefen Hypothekarzinsen deutlich gesunken und Mieten gestiegen sind (Schärrer et al., 2022). Diese sinkenden Kosten beim Wohneigentum lassen die Gesamtausgaben für Wohnen und Energie trotz steigender Mietpreise als konstant erscheinen. Schärrer et al. (2022) ermitteln auf Basis des Mietpreisindex einen Anstieg der durchschnittlichen Mieten von 22.1% im Laufe von 16 Jahren zwischen 2005 und 2021, was 18% höher liegt als der Anstieg des Landesindex für Konsumentenpreise (LIK) (+3.8 PP). Gemäss Schärrer et al. (2022) wäre jedoch aufgrund der Entwicklung von Kostenfaktoren wie Inflation, Hypothekarzins und Unterhalt in diesem Zeitraum eine Senkung des Mietpreisniveaus von etwa 10% erwartbar gewesen.

Den zweithöchsten Ausgabenanteil stellen **Steuern** und Gebühren. Die Auslagen für Steuern und Gebühren umfassen im Durchschnitt zwischen 13-15% der Gesamtausgaben. Die Steuerbelastung unterscheidet sich allerdings nach Einkommensklassen stark, da diese stark progressiv ausgestaltet ist. In den letzten Jahrzehnten wurden die Steuertarife allerdings angepasst. So wurden seit den 1980er Jahren sowohl auf Bundes- als auch insbesondere auf Kantonsebene die Steuern bei den mittleren Einkommen weit weniger gesenkt als bei den obersten Einkommen. In einigen Kantonen wurden die Steuern bei mittleren Einkommen ab 2000 sogar leicht erhöht (darunter Aargau und St. Gallen). Die Steuerreformen bzw. -reduktionen seit den 1980er Jahren kamen in weit grösserem Ausmass den oberen Einkommensklassen zugute, deren Einkommen zudem überproportional gestiegen sind. Entsprechend hat dies zu einer Abschwächung der Einkommenssteuerprogression geführt (Lampart & Schüpbach, 2020, S. 13-14). Zudem bestehen Unterschiede zwischen den Kantonen und Gemeinden.

Einen auffällig grossen Anteil nehmen zudem die Ausgaben für **Krankenkassenprämien für die Grundversicherung** ein. Aus der Abbildung geht hervor, dass der Anteil an den Gesamtausgaben seit dem Jahr 2006 kontinuierlich gestiegen ist. Während der Ausgabenanteil für die Prämien 2006 bei 6% der Gesamtausgaben lag, stieg dieser bis 2019 stetig auf 8% im Jahr 2019 an. Dies überrascht nicht. Seit Inkrafttreten des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) 1996 sind die Krankenkassenprämien langfristig im Gleichschritt mit dem stetigen Wachstum der Gesundheitskosten angestiegen. Das Kostenwachstum der Prämien zwischen 1996 bis 2015 ist dabei erheblich: Während 1996 im Schweizer Durchschnitt pro Kopf und Monat CHF 128.- bezahlt wurden, beläuft sich 2015 der durchschnittliche monatliche Prämienbetrag auf CHF 274.-, was einer Verdoppelung in 20 Jahren entspricht (BAG, 2022). Dabei lassen sich grosse Kostenunterschiede in der Prämienlast je Wohngemeinde und -kanton ausmachen.

Eine weitere Gruppe umfasst zahlreiche kleinere Ausgabenposten. Diese setzen sich zusammen aus den wichtigsten Konsumgütern und Dienstleistungen und bilden den sogenannten Warenkorb (BFS LIK, 2022). Der Warenkorb umfasst **Alltagsgüter** wie etwa Nahrungsmittel, Kleidung und Güter für die laufende Haushaltsführung, Auslagen für Gesundheit, Beherbergung, Verkehr und Kultur.

Gemäss Haushaltsbudgeterhebung verbleibt einem durchschnittlichen Schweizer Haushalt abzüglich der Ausgaben monatlich ein Sparbetrag von rund 1'900 CHF (BFS, 2022a).

Für die weiterführenden Analysen teilen wir die Lebenshaltungskosten in vier Gruppen ein: (1) Ausgaben für Güter des Alltagsbedarfs, (2) obligatorische Krankenkassenprämien, (3) Wohnkosten und (4) direkte Steuern. Damit sind die Hauptkostenposten abgedeckt, die für die Bestreitung der Lebenshaltungskosten in der Schweiz anfallen. Nachfolgend wird beschrieben, wie wir konkrete Beträge für diese Posten herleiten.

3.2.2 Kosten für den Alltagsbedarf

Wie viel wird in der Schweiz für Güter des Alltagsbedarfs aufgewendet? Zur Bestimmung unterschiedlicher Werte gemäss oben eingeführten Szenarien stützen wir uns auf zwei Hauptquellen ab. Einerseits auf die Empfehlungen der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe (SKOS), in welchen der minimale Lebensbedarf definiert wird und andererseits auf die Statistiken der Haushaltsbudgeterhebung (HABE), welche die Ausgaben für unterschiedliche Einkommensklassen in der Gesellschaft und nach Kantonen erfassen (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2 : Grundlagen der Herleitung der Kosten für den Alltagsbedarf

Szenario 1 Minimum	Szenario 2 Durchschnitt	Szenario 3 Einkommens- abhängig	Szenario 4 Regional justiert
SKOS (HABE)	HABE	HABE, einkommens- abhängig	HABE, regional justiert

Im Szenario «*minimale Auslagen*» stützen wir uns auf den Grundbedarf gemäss SKOS. Laut diesem stehen für einen Einpersonenhaushalt 986 CHF monatlich zur Verfügung. Der zusätzliche Betrag je Person fällt entsprechend der SKOS-Äquivalenzskala mit jeder weiteren Person kleiner aus. Der Grundbedarf für zwei Personen sieht einen Betrag von 1'509 CHF vor (d.h. der Betrag für eine Person wird nicht verdoppelt). Für drei Personen sind es 1'834 CHF. Die exakten Beträge bis hin zu einem Haushalt mit neun Personen finden sich in Tabelle 7 im Anhang.

Die Beträge sind dabei keineswegs unumstritten. Stutz et al. (2018) haben jüngst eine Einordnung des Grundbedarfs in der Sozialhilfe vorgenommen. Mit dem Grundbedarf der Sozialhilfe sollen sämtliche Auslagen für den Lebensunterhalt abgedeckt sein, namentlich Nahrungsmittel, Getränke und Tabakwaren, Bekleidung, Kosten für Energie (ohne Wohnnebenkosten), Telekommunikation, Radio/TV und allgemeine Haushaltsführung, persönliche Pflege und selbst gekaufte Medikamente sowie Auslagen für Verkehr, Freizeit, Sport, Unterhaltung und kleine Geschenke. Kosten für Wohnen und Gesundheit im Rahmen der obligatorischen Krankenversicherung gehören nicht in den Grundbedarf. Der gemäss SKOS-Richtlinien festgelegte Grundbedarf orientiert sich dabei an den untersten 10% der Einkommen der HABE, wobei dieser Betrag restriktiv festgelegt und in der Sozialhilfe in einem Einpersonensbudget um knapp 100 CHF unterschritten wird. Dabei sind gemäss Stutz et al. (2018) die Auslagen für Nahrungsmittel knapp berechnet und für die realen Verkehrsauslagen liege eine Unterschätzung vor. Die Autorenschaft weist zudem darauf hin, dass das auf Durchschnittsauslagen basierende SKOS-Sozialhilfebudget vielen situativen Engpässen wie Prämien für nicht sofort kündbare Versicherungen, über den Richtlinien liegende Mietkosten oder anfallende Steuern nicht gerecht wird. In den Auslagen des Grundbedarfs, welche zu grossen Teilen Fixkostencharakter haben, besteht gemäss Stutz et al. (2018) kaum Einsparungspotenzial, ohne einschneidende Einschränkungen wie Gesundheitsrisiken in Kauf zu nehmen.

Für das Szenario «*durchschnittliche Auslagen*» nutzen wir die empirischen Konsumausgaben von Einpersonenhaushalten unter 65 Jahren abzüglich der Ausgaben für Wohnkosten und Krankenkassenprämien. Gemäss HABE Statistik liegen die Durchschnittsausgaben dieses Haushaltstyps bei 2'057 CHF (2015-2017 gepoolte Auswertung HABE). Ausgehend von diesem Betrag für einen Einpersonenhaushalt werden die Beträge für grössere Haushalte mit der SKOS-Äquivalenzskala umgerechnet. Der Betrag für einen Haushalt mit zwei Personen liegt bei 2'689 CHF, bei drei Personen sind es 3'318 CHF. Auch für das mittlere Szenario finden sich die exakten Beträge für alle Haushaltsgrössen in Tabelle 7 im Anhang.

Für das «*einkommensabhängige*» Szenario werden die auf Basis der HABE ermittelten Beträge neu gewichtet. Dafür nutzen wir eine Auswertung der HABE-Statistik nach Einkommensklassen (2016-2017 gepoolt). Diese legen nahe, dass ein Zusammenhang zwischen den getätigten Ausgaben und den Einkommen besteht. Die einkommensschwächste Gruppe tätigt rund 50 Prozent der durchschnittlichen Auslagen, was wiederum dem Grundbedarf nach SKOS entspricht. Bis zu den einkommensstärksten Gruppen steigen die Ausgaben kontinuierlich an. Bei der einkommensstärksten Gruppe rechnen wir mit einem Lebenskostenfaktor von 190% der mittleren Auslagen (Tabelle 11).

Für das Szenario «*regional justiert*» werden die Auslagen des Durchschnittsszenarios je Kanton mit regionalen Lebenshaltungskosten verrechnet (vgl. Tabelle 9). Diese sind ebenfalls auf Basis der HABE-Statistik für die bevölkerungsreichsten Kantone ermittelt (2015-2017 gepoolt). Gemäss dieser Auswertung sind die Ausgaben für denselben Warenkorb in Zürich und Waadt am höchsten und im Tessin am tiefsten. Keiner dieser Kantone ist Teil der vorliegenden Untersuchung. Innerhalb der sechs Kantone, die für die Studie genutzt werden, ist der Kanton Aargau etwas teurer. In diesem Kanton werden die Auslagen für den Alltagsbedarf mit dem Faktor 1.01 multipliziert. Etwas tiefer sind die Auslagen in St. Gallen (0.95) und Bern (0.95). Insgesamt sind die regionalen Unterschiede in Bezug auf die Lebenshaltungskosten in der Schweiz aber relativ gering, was sich auch mit der Einschätzung der Sektion Preise des Bundesamtes für Statistik deckt, wonach die regionalen Preisunterschiede in der Schweiz vernachlässigbar sind. Stärker ins Gewicht fallen die regionalen Unterschiede in Bezug auf die Wohnkosten, die Krankenkassenprämien und die Steuern, wie nachfolgend ausgeführt wird.

3.2.3 Kosten für Wohnen

Für die Herleitung der Wohnkosten stützten wir uns auf Richtlinien der Sozialhilfe oder auf Auswertungen zu Mietkosten gemäss der Strukturhebung ab, wie in Tabelle 3 dargestellt und nachfolgend ausgeführt.

Tabelle 3: Grundlagen der Herleitung der Wohnkosten

Szenario 1 Minimum	Szenario 2 Durchschnitt	Szenario 3 Einkommens- abhängig	Szenario 4 Regional justiert
SKOS / kantonale Richtlinien	Strukturhebung	Strukturhebung, einkommens- abhängig	Strukturhebung, regional justiert

Für das Szenario «minimale Auslagen» orientieren wir uns wiederum an den Richtlinien der SKOS. In der Sozialhilfe und gemäss den SKOS-Richtlinien werden ortsübliche Wohnkosten bis zu festgelegten Schwellenwerten übernommen. Wie hoch diese Limiten sein sollen und wie stark sie sich von Gemeinde zu Gemeinde unterscheiden, wird durch die Kantone und letzten Endes die kommunalen Sozialämter festgelegt. Für unser Vorhaben nutzen wir kantonale Empfehlungen zur Vereinheitlichung der Mietpraxis im Kanton Bern (Regionalkonferenz Bern-Mittelland, 2010). Dabei spielt es für den ersten Analyseschritt keine Rolle, dass die Sätze für andere Kantone nicht stimmen, da bei diesem Analyseschritt die regionalen Unterschiede ausgeblendet werden. Es geht zunächst einfach darum, realistische, minimale Wohnkosten zu approximieren. Die Richtlinien unterscheiden Hochpreis- und Tiefpreisgemeinden. Wir nutzen dabei die gemittelten Werte. Konkret ist für einen Einpersonen-Haushalt ein Wohnkostenbetrag von 850 CHF vorgesehen. Zu

diesem addieren wir 20% der Nettomiete für Nebenkosten. Im Einklang mit den Richtlinien der SKOS steigen die vorgesehenen Wohnkosten in Abhängigkeit von der Haushaltsgrösse. Für einen Haushalt mit vier Personen sind etwa 1'860 CHF Bruttowohnkosten vorgesehen. In Tabelle 10 im Anhang sind die Wohnkosten für alle Haushaltsgrössen aufgeführt.

Für die weiteren Szenarien nutzen wir die Angaben zu den Mietkosten aus der Strukturhebung, die in den verknüpften Steuerdaten auf Individualebene vorliegen. Dafür können wir die Informationen von rund 191'000 Beobachtungen (2011-2015 gepoolt) nutzen. Auf dieser Grundlage wurden zunächst alle Gemeinden identifiziert, für die mindestens 30 Datenpunkte vorliegen. Mit Personen dieser Gemeinden wurde dann ein Mietpreis-Modell erstellt, welches als Prädiktoren die Haushaltsgrösse und den mittleren Wohlstand der Wohngemeinde enthält. Auf Basis der Modellparameter konnte dann für alle im Datensatz vorliegenden Haushalte der ortsübliche Erwartungswert der Miete imputiert werden. Auf diese Weise ist abgebildet, was Haushalte in Abhängigkeit von Wohnort und Haushaltsgrösse für Wohnen üblicherweise aufbringen müssen.

Für das Szenario «durchschnittliche Auslagen» werden auf der Basis der regional angepassten Werte die Durchschnittswerte je Haushaltsgrösse über alle Gemeinden berechnet. Damit werden die Werte um die regionalen Unterschiede bereinigt, damit wir später im Direktvergleich zum Szenario «regional justiert» die regionale Komponente der Ungleichheit isolieren können. Die so ermittelten Nettomieten werden mit 20% der Nettomieten für die Nebenkosten ergänzt. Auf diese Weise lassen sich Bruttowohnkosten von 1'312 CHF für Einpersonenhaushalte und 1'866 CHF für Vierpersonenhaushalte ermitteln. Insgesamt sind die vorgesehenen Wohnkosten im Szenario «minimale Auslagen» tiefer als die Szenarien, die mit mittleren Wohnkosten rechnen, wie Tabelle 10 im Anhang entnommen werden kann.

Für das Szenario «einkommensabhängig» werden die regional bereinigten Mieten mit einem ebenfalls auf Basis der Strukturhebung ermittelten Wohnkostenfaktor verrechnet (Tabelle 11). Dieser basiert auf einer Erweiterung des oben eingeführten Wohnkostenmodells. Dafür werden eine Gruppenvariable, welche die Bevölkerung in Einkommensquintile unterteilt und die einkommensabhängigen mittleren Mieten erfasst. Gemäss diesem Faktor sind die Mieten in den unteren drei Einkommensklassen nicht sehr elastisch. Bei den beiden einkommensschwächsten Gruppen wird mit etwas weniger als den Durchschnittsmieten gerechnet (Q1=94%, Q2=93%). Etwas stärker heben sich die Mieten der einkommensstärksten Gruppe ab mit einem Faktor von 134%. Vertiefende Analysen haben gezeigt, dass eine feinere Einteilung beispielsweise nach Einkommensdezilen zu einem deutlichen Anstieg der Ausgaben für Wohnen bei der einkommensstärksten Gruppe führt. Dabei haben wir uns aber dazu entschieden mit der Quintils-Einteilung dieser zunehmend stärkeren Differenzierung am oberen Rand weniger Gewicht zu geben.

Bisher wurden regionale Unterschiede ausgeblendet. Dass aber solche bestehen, lässt sich der Strukturhebung entnehmen. Die höchste durchschnittliche Miete wird im Kanton Zug bezahlt (Stand 2020), gefolgt von den Kantonen Zürich, Schwyz, Nidwalden und Genf. Schweizweit am wenigsten für Mieten aufgewendet wird im Kanton Jura. Auch im Kanton Neuchâtel und Wallis sind die Mieten vergleichsweise tief und liegen weit unter dem Schweizer Durchschnitt⁷. Auffällig hohe Mieten werden in Genf bezahlt, während sich die Kantone Aargau und Luzern stets nahe beim Schweizer Durchschnittspreis bewegen. Die Einwohnerinnen und Einwohner der Kantone

⁷ Zu beachten gilt dabei, dass die durchschnittlichen Mietpreise in den einzelnen Kantonen auch Ausdruck der Haushaltzusammensetzungen und Wohnungsgrössen sein können und der entsprechende Quadratmeterpreis divergieren kann. Betrachtet man ausschliesslich den Preis pro Quadratmeter, bezahlt man im Kanton Genf am meisten. Die beiden ländlichen Kantone Schwyz und Nidwalden hingegen reihen sich beim Quadratmeterpreis nach Zug und Zürich auch hinter dem Kanton Waadt sowie beider Basel ein. Die Kantone Neuchâtel und insbesondere der Kanton Jura sind auch im Quadratmeterpreis schweizweit die günstigsten (BFS, 2022c, 2022d).

Bern, St. Gallen und Wallis bezahlen seit 2010 unterdurchschnittliche Mietpreise (BFS, 2022b). Die regional teilweise markanten Mietpreisunterschiede lassen sich zum einen aus konjunkturellen, zum andern aus steuerlichen Faktoren erklären. So sind die Mieten insbesondere in den wirtschaftsstarken, städtischen Zentren sowie deren Agglomerationen und peripheren Einzugsgebiete hoch. Dies betrifft namentlich den Grossraum Zürich, Genf und den Kanton Waadt sowie die Region Basel. Demgegenüber erweist sich besonders der Kanton Jura - bzw. die Neuenburger Gebiete des Jurasüdfusses - als konjunkturschwach und verfügt entsprechend über ein unterdurchschnittliches Mietpreinsniveau. Daher nutzt das «regional justiert» Szenario einkommensabhängig und regional unterschiedliche Mieten (inkl. 20% für Nebenkosten). Werden die Mieten mit regionaler Justierung nach Kanton ausgewertet, fällt der Kanton Genf mit höheren Wohnkosten auf. In diesem Kanton fallen im Schnitt 2'170 CHF Bruttomieten je Monat an. Das sind im Schnitt rund 100 CHF mehr als in den übrigen Kantonen. Am tiefsten sind die Wohnkosten im Kanton Wallis (vgl. auch Tabelle 12 im Anhang).

3.2.4 Kosten für Krankenkassenprämien

Ein weiterer wesentlicher Kostenbestandteil für Schweizer Haushalte sind die Krankenkassenprämien. Die Prämienhöhe ist neben individuellen Faktoren wie Alter und gewählter Franchise abhängig vom Wohnort. Die Versicherer legen die Prämien auf Basis der erwarteten Kosten jeweils für das Folgejahr fest. Dabei können für die vom Eidgenössischen Departement des Innern (EDI) festgelegten Prämienregionen innerhalb eines Kantons maximal drei unterschiedlich hohe Prämien festgelegt werden (BAG, 2021c)

Wir nutzen Statistiken des Bundesamts für Gesundheit (BAG), aus welchen für jede Gemeinde die altersspezifische mittlerer Prämienlast entnommen werden kann. Im Vergleich der sechs untersuchten Kantone (Tabelle 14) fallen dabei die Kantone Bern (im Mittel 374 CHF pro Monat) und Genf (420 CHF pro Monat) mit vergleichsweise hohen Ausgaben für Krankenkassenprämien auf. Deutlich tiefer sind die Kosten in den Kantonen Wallis (301 CHF), Luzern (313 CHF), Aargau (320 CHF) und St. Gallen (328 CHF). Im allgemeinen Kantonsvergleich lässt sich feststellen, dass die Krankenkassenprämien im Tessin und der Romandie tendenziell höher sind, insbesondere im Vergleich zur Zentralschweiz, wo die Prämienlast vergleichsweise tief ist. Die Kosten für Versicherte korrelieren dabei auch mit der Facharztichte. Diese ist erwartungsgemäss in städtischen Zentren höher als in ländlichen Gebieten. Entsprechend weisen städtische Kantone mit hohen Dichten an Spezialärzten wie die Kantone Basel-Stadt, Genf, Zürich und Waadt auch die höchsten Kosten auf (BAG, 2021d, S. 39–41).

In allen Szenarien werden letzten Endes für die Analysen die Daten zu den Krankenkassenprämien des BAGs verwendet, wobei gemäss der bisherigen Logik verschiedene Anpassungen vorgenommen werden, die in Tabelle 4 dargelegt und nachfolgend ausgeführt sind.

Tabelle 4: Grundlagen der Herleitung der Kosten von Krankenkassenprämien

Szenario 1 Minimum	Szenario 2 Durchschnitt	Szenario 3 Einkommensabhängig	Szenario 4 Regional justiert
BAG, reduziert, ohne regionale Unterschiede	BAG, ohne regionale Unterschiede	BAG, ohne regionale Unterschiede	BAG regional justiert inkl. Prämienverbilligungen

Für die Szenarien «Minimum», «Durchschnitt» und «einkommensabhängig» wird ausgehend von den regional angepassten Krankenkassenprämien die mittlere Belastung nach Haushaltsgrösse berechnet. So fallen für einen Einpersonenhaushalt im Mittel 349 CHF pro Monat an. Bei einem Vierpersonenhaushalt sind es 1'396 CHF (vgl. auch Tabelle 13). Diese um regionale Unterschiede bereinigten Werte werden für das Szenario «Durchschnitt» und «einkommensabhängig» genutzt.

Dieselben Werte werden für das Szenario «minimale Auslagen» verwendet, allerdings mit einem Abschlag von 10 Prozent, um dem Umstand Rechnung zu tragen, dass – wenn immer möglich – günstige Krankenversicherungen bevorzugt werden und einige Kantone dies für die Sozialhilfe genauso umsetzen (vgl. Tabelle 13 für die konkret genutzten Werte).

Als Besonderheit des regional justierten Szenarios können wir auf individueller Ebene die kantonal unterschiedlichen Prämienverbilligungen miteinbeziehen. Die Kombination der BAG-Daten zur regionalen Prämienbelastung und die effektiv ausbezahlten Beträge der Prämienverbilligung bilden die Grundlage zur Beurteilung der Belastung durch die Krankenkassenprämien für Szenario 4 mit «regional justierten» Auslagen. Dies ist aus einer Ungleichheitsperspektive entscheidend. Das Schweizer System sieht nämlich vor, krankenversicherte Personen gezielt über individuelle Prämienverbilligungsbeiträge (IPV) zu entlasten. In den letzten 20 Jahren hat sich die schweizweite Ausgestaltung der IPV dahin bewegt, dass der Kreis der Anspruchsberechtigten eher kleiner wird, diese dafür jedoch mit höheren Beträgen unterstützt werden (vgl. auch Absatz 7.2). Insgesamt gibt es augenfällige kantonale Unterschiede (vgl. Tabelle 15). Der Kanton Bern fällt etwa mit einer hohen Bezugs-Quote, aber geringen Beträgen auf. Ausgeprägt hoch sind die Zahlungen im Kanton Genf. Diese Unterschiede kommen primär durch die kantonal unterschiedliche Ausgestaltung der Verbilligungssysteme zustande. Wem unter welchen Voraussetzungen welche Prämienverbilligungsbeiträge zugutekommen, unterscheidet sich entsprechend kantonalen Regelungen zur Anspruchsbemessung. Dabei sehen einige Kantone wie etwa Appenzell-Innerrhoden, Bern, Genf, Jura, Neuchâtel, Uri und Wallis ein auf den Steuerdaten basierendes automatisiertes Verfahren vor (teilweise mit Ausnahmen bei Quellensteuerpflichtigen, Zuzüger:innen, Selbständigerwerbenden, jungen Erwachsenen u.a.). In anderen Kantonen wie Basel-Stadt, Luzern und Graubünden ist ein einmaliges Antragsverfahren notwendig. Danach werden die IPV-Verfahren bei gleichbleibender Ausgangslage automatisiert ausbezahlt. Andere Kantone wiederum verlangen jährlich einen erneuten Antrag, wobei potenziell Bezugsberechtigte individuell benachrichtigt werden. Dabei bestehen zudem unterschiedliche kantonale Bestimmungen was die Fristeinhaltung der Antragsstellung betrifft (Ecoplan, 2018, S. 58). Anhand der unterschiedlichen Informationsstrategien und Antragsprozeduren lässt sich folgern, dass die Zugänge bzw. Zugangshürden für die Beantragung und den Erhalt von IPV je Kanton unterschiedlich ausfallen. Verschiedene Untersuchungen der letzten Jahre verweisen darauf, dass bedarfsabhängige Leistungen wie die IPV (sowie Ergänzungsleistungen, Mietzinsbeiträge, Sozialhilfe u.a.) von einem nicht geringen Teil der Anspruchsberechtigten nicht bezogen wird. Der Nichtbezug der IPV im Kanton Basel-Stadt beispielsweise wird auf 19% geschätzt (Hümbelin, Richard, et al., 2021).

3.2.5 Direkte Steuern auf Einkommen und Vermögen

Die föderalistische Staatsstruktur der Schweiz zeigt sich ebenfalls ausgeprägt in der unterschiedlichen Ausgestaltung der Steuerabgaben und Höhe der Steuertarife in den einzelnen Kantonen. So verfügt jeder Kanton der Steuerhoheit entsprechend über ein eigenes Steuergesetz. Zudem können die jeweiligen Gemeinden befugt sein, innerhalb der kantonalen Ermächtigungen Steuern zu erheben. Direkte Steuern in der Schweiz werden also von Bund, Kantonen und Gemeinden erhoben. Die direkte Bundessteuer umfasst bei natürlichen Personen nur das Einkommen, während die kantonalen und kommunalen Steuern auch das Vermögen von natürlichen Personen miteinbeziehen.

Weit diversifizierter gestalten sich die direkten Kantonssteuern. Sie basieren nebst ungleichen Steuersätzen auf verschiedenen hohen Steuerfüssen, welche meist jährlich den bestehenden finanziellen Gegebenheiten des Kantons und der Gemeinden angeglichen werden. Daraus ergeben sich teilweise grosse Unterschiede in der Steuerlast. Ebenso unterscheiden sich die zulässigen steuerlichen Abzüge wie etwa Kinderabzüge oder Abzüge für Einelternfamilien beträchtlich von Kanton zu Kanton, was ebenfalls zu kantonal ungleichen Steuerbelastungen beitragen kann. Ein weiterer Unterschied liegt in der Ausgestaltung der Steuerprogression. Abgesehen von den Kantonen Uri und Obwalden sind sämtliche kantonale Einkommenssteuertarife progressiv, jedoch variiert die Steigung je Kanton (SSK CSI & ESTV, 2021). Das Steuersystem beeinflusst die

Einkommensverteilung erheblich (Hümbelin, Farys, Jann, et al., 2021; Hümbelin, Farys, & Richard, 2021; Hümbelin & Farys, 2018).

Zur Beurteilung der Rolle der direkten Steuern auf Einkommen und Vermögen können wir uns direkt auf die effektiv angefallenen Steuerbeträge abstützen. Das ist insofern sinnvoll, als dass es sich dabei um staatlich geregelte Ausgaben handelt, die ausgehend von den steuerbaren Einkünften und Vermögenswerten bestimmt werden. Aus Tabelle 5 wird ersichtlich, wie auf dieser Grundlage die Ausgaben für die direkten Steuern berücksichtigt werden.

Tabelle 5: Grundlagen der Ausgaben für direkte Steuern

Szenario 1 Minimum	Szenario 2 Durchschnitt	Szenario 3 Einkommensabhängig	Szenario 4 Regional justiert
Keine	Durchschnittssteuer gemäss HÄBE, ohne regionale Unterschiede	Progressive Steuern, ohne regionale Unterschiede	Progressive Steuern, regional justiert

Gemäss der Logik der absolut nötigen Auslagen des Szenarios «minimale Auslagen» verzichten wir in diesem Szenario gänzlich auf die Berücksichtigung von direkten Steuern. Im Szenario «durchschnittliche Auslagen» werden die Steuern berücksichtigt, indem die in der Schweiz durchschnittlich anfallende Steuer über alle Einkommensklassen und Kantone hinweg bei allen gleichermassen eingesetzt werden. D.h. die Steuerlast wird so gleichmässig auf alle verteilt. Das Szenario «einkommensabhängig» kommt der Realität näher. Darin werden die effektiv anfallenden Steuerbeträge genutzt, die allerdings um die regionalen Unterschiede bereinigt sind. Dafür werden die mittleren Steuern je Einkommensklasse berechnet. Konkret haben wir dafür mit einer Einteilung in 20 Einkommensgruppen (Vigintile) gearbeitet. Gemäss den uns vorliegenden Daten werden im Mittel ca. 14'500 CHF pro Haushalt für direkte Steuern aufgewendet. Aus der Verteilung der Steuern nach Einkommensklassen (vgl. Abbildung 12) wird sehr gut ersichtlich, dass Haushalte mit hohem Einkommen deutlich mehr Steuern bezahlen. Die Gruppe der 5% reichsten der Bevölkerung wendet im Durchschnitt rund 90'000 CHF für Steuern auf. In der Gruppe der einkommensschwächsten sind es lediglich 513 CHF. Schliesslich nutzt das Szenario «regional justiert» die effektiv angefallenen Steuerbeträge, die je nach Wohnkanton aber auch nach Gemeinde mit deutlich unterschiedlichen Steuersätzen und -belastungen verbunden sind. Der kantonale Vergleich der vorliegenden Daten zeigt, dass besonders im Kanton Genf und im Kanton Bern im Durchschnitt mehr für Steuern ausgegeben wird, während im Wallis im Mittel am wenigsten anfällt (vgl. Abbildung 13).

3.3 Übersicht: Modellierung der Lebenshaltungskosten in unterschiedlichen Szenarien

Die eben erfolgte Herleitung der Lebenshaltungskosten ist in Tabelle 6 zusammengefasst. Das «Szenario Minimum» strebt an, möglichst die Auslagen abzubilden, die in der Schweiz zur Bestreitung des absolut Nötigsten anfallen. Das Szenario «durchschnittliche Auslagen» setzt die Schwelle der nötigen Auslagen höher an und orientiert sich an durchschnittlichen Auslagen. Das Szenario «einkommensabhängig» geht von einkommensabhängigen, unterschiedlichen Lebenshaltungskosten aus. Das Szenario «regionale Unterschiede» geht einen Schritt weiter, indem die regionalen Unterschiede in der Schweiz in die Modellierung mit einfließen.

Tabelle 6 : Übersicht Analyseszenarien und Grundlagen der Lebenshaltungskostenmodellierung

	Szenario 1 Minimum	Szenario 2 Durchschnitt	Szenario 3 Einkommens-ab- hängig	Szenario 4 Regional justiert
Alltagsbedarf	Grundbedarf nach SKOS	Durchschnitt nach HABE	Einkommensabhän- gig gemäss HABE	Einkommensabhän- gig gemäss HABE, regional justiert
Wohnen	Ortsübliche durch die Sozialhilfe über- nommene Mieten	Durchschnitt ge- mäss Strukturheber- hebung	Einkommensabhän- gig gemäss Struk- turerhebung	Einkommensabhän- gig gemäss Struk- turerhebung, regio- nal justiert
KK-Prämien	BAG, reduziert	BAG	BAG (nicht einkom- mensabhängig)	BAG mit regionalen Unterschieden inkl. Prämienverbilligun- gen
Steuern	Ohne	Durchschnitt ge- mäss HABE (ohne Progression)	Progressive Steuern (ohne regionale Un- terschiede)	Progressive Steuern mit regionalen Un- terschieden

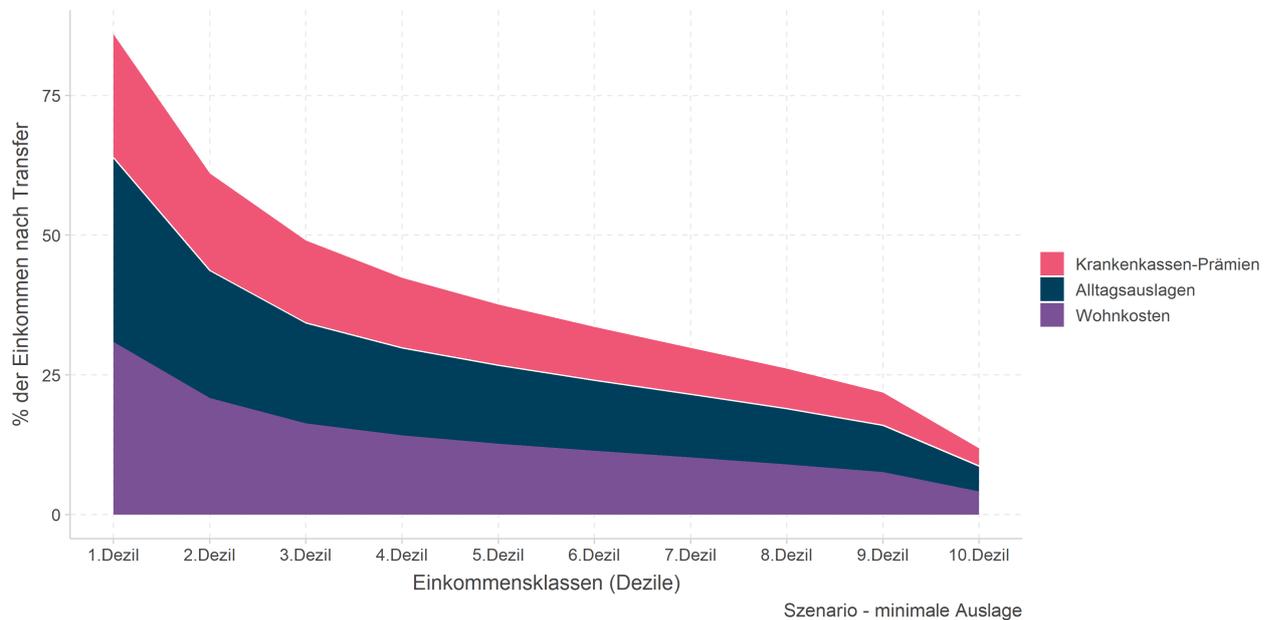
4 Einfluss der Lebenshaltungskosten auf Ungleichheit der frei verfügbaren Einkommen

Zur Veranschaulichung der ökonomischen Auswirkungen der Lebenshaltungskosten wird zunächst die einkommensabhängige Belastung durch Lebenshaltungskosten ausgewiesen. Die Belastung wird in Prozent der Einkommen nach Transfer ausgewiesen und gruppiert nach Einkommensdezilen dargestellt. Die Einkommensdezile unterteilen die Haushalte entsprechend der Höhe des Haushaltsäquivalenzeinkommens in zehn gleich grosse Gruppen. Die einkommensschwächste Gruppe (1. Dezil) verfügt im Mittel über Einkommen von 21'350 CHF. Die Einkommen der mittleren Gruppe (5. Dezil) liegen im Mittel bei rund 39'000 CHF. Die einkommensstärkste Gruppe (10. Dezil) hat Einkommen von durchschnittlich 132'150 CHF. Um die Auswirkung der Kosten auf die Ungleichheit der frei verfügbaren Einkommen ausweisen zu können, wird danach der Gini-Koeffizient vor und nach Berücksichtigung der Lebenshaltungskosten berechnet.

4.1 Szenario – minimale Auslagen

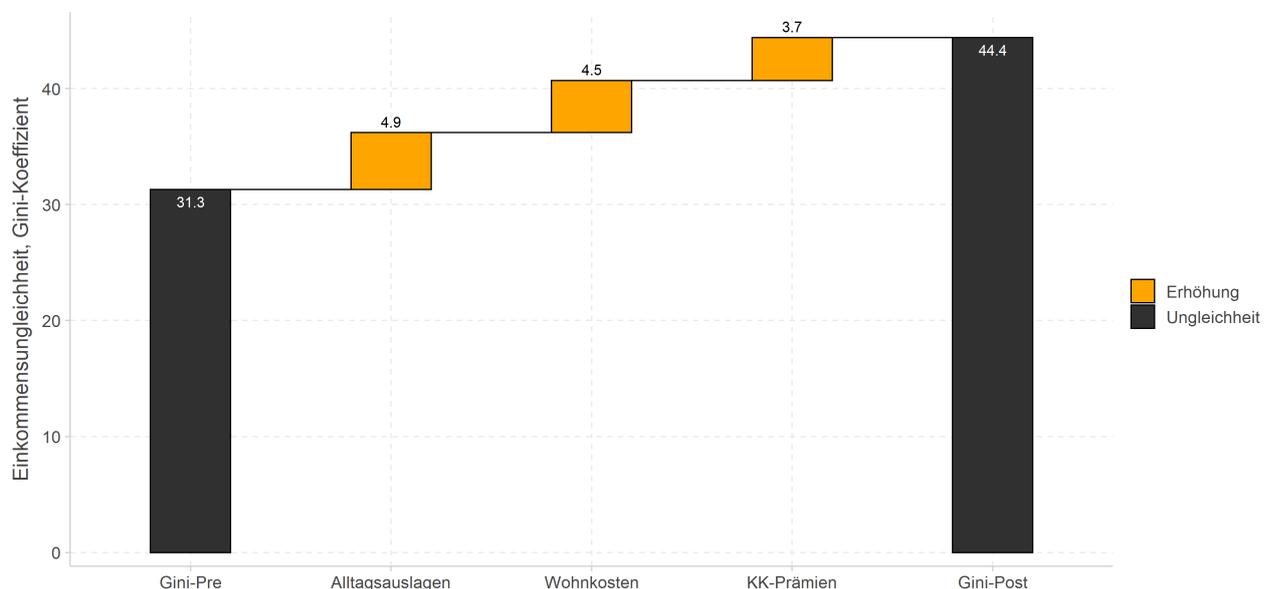
Im Szenario «minimale Auslagen» wird aufgezeigt, welchen Einfluss Lebenshaltungskosten haben, wenn von einem minimalen Lebensstandard ausgegangen wird. Diese minimalen Auslagen orientieren sich am absolut Nötigsten in Anlehnung an das soziale Existenzminimum wie es in den Richtlinien der Schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe beschrieben ist.

Abbildung 2 : Belastung der Haushaltseinkommen durch minimale Lebenshaltungskosten



Daten: angereicherte WiSiER-Daten 2015 (AG, BE, LU, SG, VS, GE), eigene Auswertungen

Abbildung 3: Auswirkungen minimaler Lebenshaltungskosten auf die Ungleichheit der frei verfügbaren Einkommen



Daten: angereicherte WiSiER-Daten 2015 (AG, BE, LU, SG, VS, GE), eigene Auswertungen

Aus Abbildung 2 geht hervor, dass die Gruppe der einkommensschwächsten 10 Prozent der Bevölkerung bereits durch minimale Auslagen für den täglichen Bedarf, die Krankenkassenprämien und Wohnkosten erheblich belastet werden. Rund 33% des Einkommens muss für Güter des täglichen Bedarfs aufgewendet werden. Ungefähr weitere 31% fallen für minimale Wohnkosten an und weitere 22% sind nötig zur Begleichung von Krankenkassenprämien. Insgesamt rund 86% des Einkommens nach Transferleistungen wird für lebensnotwendige Ausgaben benötigt. Das

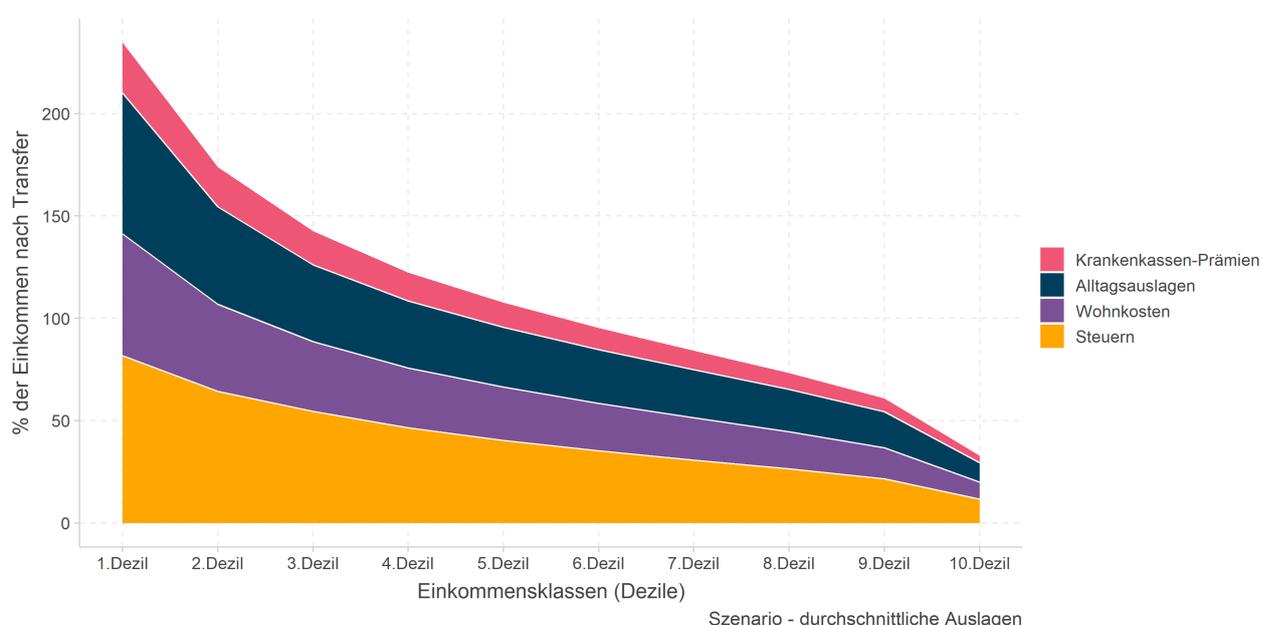
überrascht insofern nicht, da sich die minimalen Auslagen am Existenzminimum gemäss SKOS orientieren, welches ebenso als Grundlage zur Bestimmung der Höhe der Zahlung der Sozialhilfe genutzt wird. Schweizweit beziehen rund 3% der Bevölkerung Sozialhilfe. Die Belastung durch minimale Ausgaben für den Lebensunterhalt nimmt mit höherem Einkommen kontinuierlich ab. Die 10 Prozent einkommensstärkste Gruppe muss rund 12 % ihres Einkommens zur Deckung des Existenzminimums aufwenden. 3% müssen für Krankenkassenprämien aufgewendet werden. 4% für Wohnkosten und 5% für Ausgaben des täglichen Bedarfs.

Die Berücksichtigung von Lebenshaltungskosten ist mit einer starken Zunahme der Einkommensungleichheit verbunden. Diese steigt von einem Gini-Koeffizienten von 31.3 vor Berücksichtigung der Ausgaben auf einen Gini-Koeffizienten von 44.4 nach Berücksichtigung von Alltagsauslagen, Wohnkosten und Krankenkassenprämien. Dies entspricht einer relativen Zunahme der Ungleichheit um 42 Prozent.

4.2 Szenario - durchschnittliche Auslagen

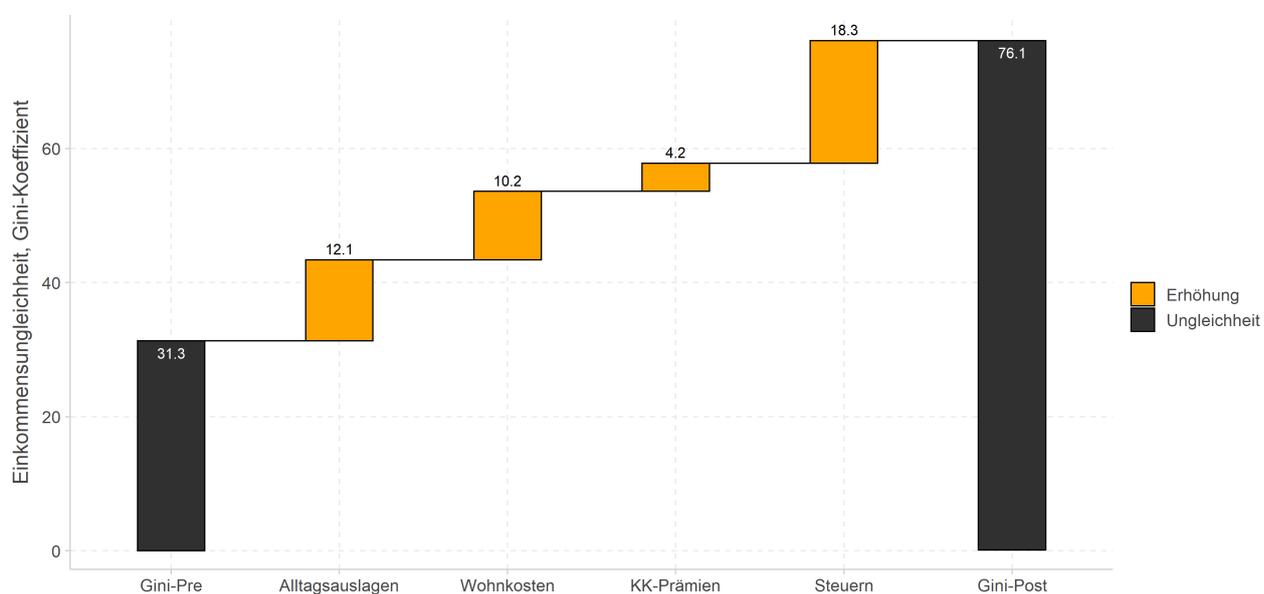
Das Szenario «durchschnittliche Auslagen» zeigt auf, welche Ungleichheitseffekte mit einem mittleren Lebensstandard verbunden sind. Neu hinzu kommen direkte Steuern auf Einkommen und Vermögen. Als Besonderheit wird der tatsächlich erhobene Steuerbetrag in der Logik durchschnittlich anfallender Kosten gleichmässig auf alle Haushalte verteilt. Mit dieser hypothetischen Vorgehensweise wird ersichtlich, welche Gruppen eine gleichmässige Aufteilung der Steuerlast mittragen könnten und welche nicht. Diese Annahme ist nicht sehr realistisch, veranschaulicht aber die Wichtigkeit der Steuerprogression sehr deutlich. Zudem zeigt die Analyse auf, inwiefern durchschnittliche Aufwendungen für Alltagsauslagen, Krankenkassenprämien und Wohnkosten in Abhängigkeit der vorhandenen Einkommensunterschiede getragen werden können.

Abbildung 4 : Belastung der Haushaltseinkommen durch durchschnittliche Auslagen



Daten: angereicherte WiSiER-Daten 2015 (AG, BE, LU, SG, VS, GE), eigene Auswertungen

Abbildung 5: Auswirkungen durchschnittlicher Lebenshaltungskosten auf die Ungleichheit der frei verfügbaren Einkommen



Daten: angereicherte WiSiER-Daten 2015 (AG, BE, LU, SG, VS, GE), eigene Auswertungen

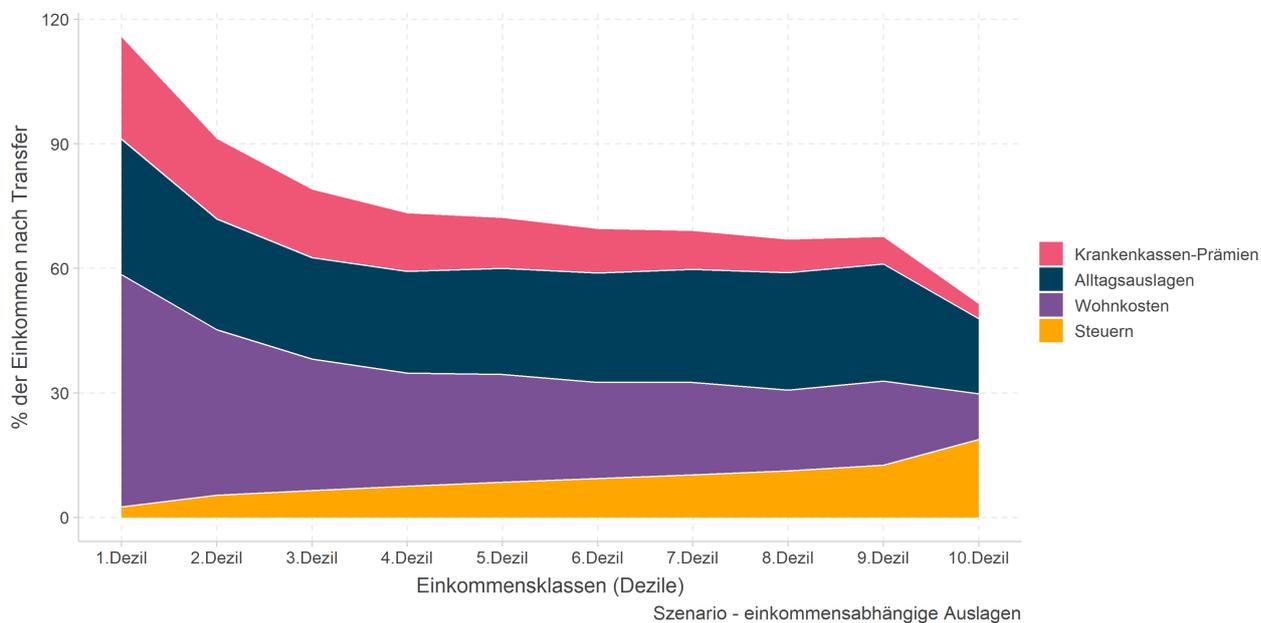
Wie sich Abbildung 4 entnehmen lässt, übersteigen durchschnittliche Auslagen bis beinahe zum 6. Einkommensdezil die vorhandenen Einkommen. Bei den einkommensschwächsten 10% überumfassen die Kosten 225% der Einkommen. Selbst beim 5. Dezil liegen die Auslagen noch etwa über dem Einkommen. Die Einkommensungleichheit würde sich mit einer solchen Verteilung der Lebenshaltungskosten von 31.3 auf 76.1 um mehr als das Doppelte verschärfen (Abbildung 5). Ganz besonders ins Gewicht fallen dabei die direkten Steuern, weil sie betragsmässig am meisten ausmachen. Ebenfalls stark ins Gewicht fallen die durchschnittlichen Auslagen für allgemeine Alltagsauslagen, gefolgt von den Wohnkosten. Die Krankenkassenprämien fallen etwas weniger stark ins Gewicht. Im Vergleich zum minimalen Szenario ist die Kostensteigerung nur gering und entspricht nun den durchschnittlich anfallenden Krankenkassenprämien (weil hier ohne den Kostenabzug von 10% gerechnet wird, wie es im minimalen Szenario der Fall ist).

Würden die tatsächlich erhobenen Steuern gleichmässig verteilt, würde dies die Lebenshaltungskosten von über der Hälfte der Bevölkerung übersteigen. Auch wenn die Steuern ausgeklammert werden, können sich die einkommensschwächsten 20% der Bevölkerung einen Lebensstandard mit durchschnittlichen Lebenshaltungskosten nicht leisten. Durchschnittliche Kosten für Güter des Alltages, Wohnkosten und Krankenkassenprämien übersteigen die vorhandenen Einkommen. Ohne Berücksichtigung durch Steuern liegt die Belastung im 1. Dezil bei 143% der Einkommen nach Transfer. Im 2. Dezil liegt die Belastung bei 102%. Erst beim 3. Einkommensdezil liegt die Kostenbelastung mit 82% unterhalb der vorhandenen Einkommen.

4.3 Szenario - einkommensabhängige Auslagen

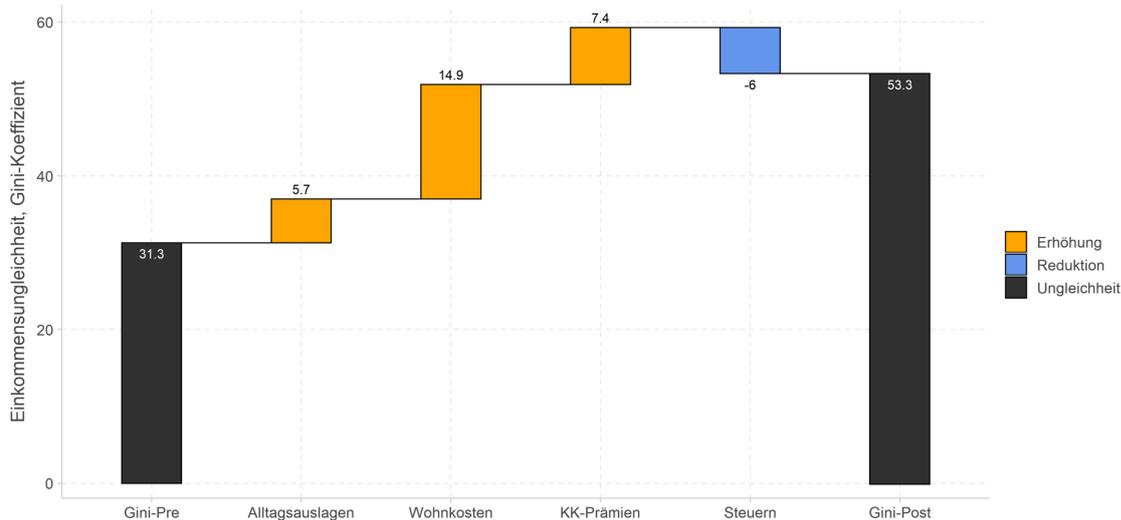
In diesem Szenario wird mit einkommensabhängigen Lebenshaltungskosten gerechnet. Regionale Unterschiede werden dabei ausgeklammert. Darunter fallen auch die Prämienverbilligungen, die kantonal unterschiedlich organisiert sind.

Abbildung 6 : Belastung der Haushaltseinkommen durch einkommensabhängige Auslagen



Daten: angereicherte WiSiER-Daten 2015 (AG, BE, LU, SG, VS, GE), eigene Auswertungen

Abbildung 7: Auswirkungen einkommensabhängiger Lebenshaltungskosten auf die Ungleichheit der frei verfügbaren Einkommen



Daten: angereicherte WiSiER-Daten 2015 (AG, BE, LU, SG, VS, GE), eigene Auswertungen

Insgesamt ist die Belastung der Einkommen über die gesamte Einkommensverteilung so deutlich gleichmässiger (vgl. Abbildung 6). Vom 4. bis zum 9. Einkommensdezil umfasst die Belastung durch Krankenkassenprämien, Alltagsauslagen, Wohnkosten und Steuern jeweils rund 70%. Vereinfachend könnte man sagen, dass die Lebenshaltungskosten in Zusammenspiel mit den wohlfahrtsstaatlichen Instrumenten mit einer Nivellierung der Einkommen der Mittelschicht

verbunden sind. Allerdings fallen mit steigendem Einkommen andere Kostenkomponenten ins Gewicht. Mit höheren Einkommen steigt die relative Bedeutung der Alltagsauslagen und der Steuern, während Krankenkassenprämien und Wohnkosten weniger ins Gewicht fallen.

Auffällig bleiben die Lebenslagen der einkommensschwächsten Gruppen und der Wohlhabendsten der Bevölkerung. Bei der reichsten Gruppe fällt auf, dass sie durch Lebenshaltungskosten markant weniger belastet wird als der Rest der Bevölkerung. Steuern fallen bei dieser Gruppe überproportional stark ins Gewicht, was eine Folge der Steuerprogression ist. Vernachlässigbar sind dagegen die Krankenkassenprämien. Auch Alltagsauslagen und Wohnkosten fallen vergleichsweise wenig ins Gewicht, obwohl wir steigende Kosten in Abhängigkeit von den Einkommen annehmen. Die höheren Einkommen der Wohlhabendsten kompensieren aber diese erhöhten Kosten deutlich. Stark belastet durch Lebenshaltungskosten werden die einkommensschwächsten Gruppen. Im 1. Dezil beträgt die Gesamtbelastung gar 106% der Einkommen nach Transfer. Dabei gilt es aber nicht zu vergessen, dass Prämienverbilligungen noch nicht einbezogen sind. Diese führen zu einer deutlichen Entlastung bei den tiefsten Einkommen.

Aus Abbildung 7 und dem Vergleich mit den vorangehenden Szenarien wird weiter ersichtlich, dass die Einkommensungleichheit nach Berücksichtigung der Lebenshaltungskosten in diesem Szenario zwar tiefer ausfällt als im Szenario mit durchschnittlichen Auslagen über alle Einkommensklassen, aber höher als im Szenario mit minimalen Auslagen. Einerseits reduzieren progressive Steuern die Einkommensungleichheit. Andererseits erhöhen aber die übrigen Lebenshaltungskosten die Ungleichheit nach wie vor und teils gar stärker. Das ist besonders bei den Wohnkosten augenfällig. Sie erhöhen die Ungleichheit um 14.9 Punkte auf der Gini-Koeffizienten-Skala, was einer Zunahme der Ungleichheit um beinahe 50% entspricht. Das ist darauf zurückzuführen, dass wir bei der Modellierung der Wohnkosten mit empirischen Daten aus der Strukturerhebung arbeiten und die ersten sechs Einkommensdezile gemäss unserer Modellrechnung im Mittel ähnlich viel für Wohnen ausgeben⁸. Dies ist eine Folge davon, dass Wohnkosten im unteren Preissegment wenig elastisch sind (vgl. Tabelle 11). Zudem berücksichtigen wir hier die regionalen Unterschiede nicht. Das schlägt insgesamt in den Analysen stark zu Buche im Gegensatz etwa zu den Alltagsauslagen, bei welchen mehr Spielraum besteht, die Ausgaben auf das vorhandene Einkommen abzustimmen.

4.4 Szenario – regional unterschiedliche Auslagen

Das letzte Szenario nimmt regionale Unterschiede auf. D.h. es findet eine geringfügige Anpassung der Alltagsauslagen nach Kanton statt, die Wohnkosten sind nun auf ortsübliche Preise der Wohngemeinde abgestimmt und die direkten Steuern und Krankenkassenprämien entsprechen den effektiven Kosten der jeweiligen Wohngemeinde. Neu kommen zudem die effektiv erfolgten Auszahlungen der kantonal organisierten Prämienverbilligungen hinzu.

⁸ Dabei sei daran erinnert, dass wir auf der Basis der Strukturerhebung durchschnittliche Wohnkosten berechnen. Innerhalb der Gemeinde gibt es möglicherweise durchaus Spielraum und deutlich günstigeren Wohnraum etwa durch vergünstigtes Wohnen oder Wohnungen, die unter den üblichen Mietkosten bewohnt werden können.

Abbildung 8 : Belastung der Haushaltseinkommen durch regional unterschiedliche Auslagen

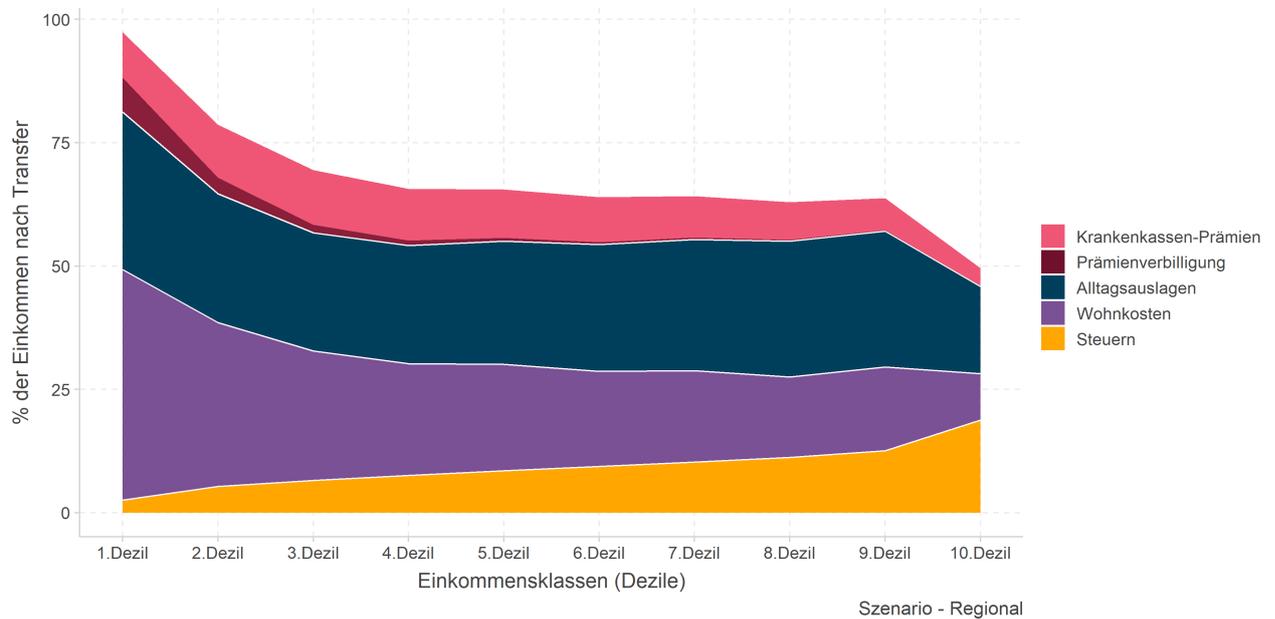
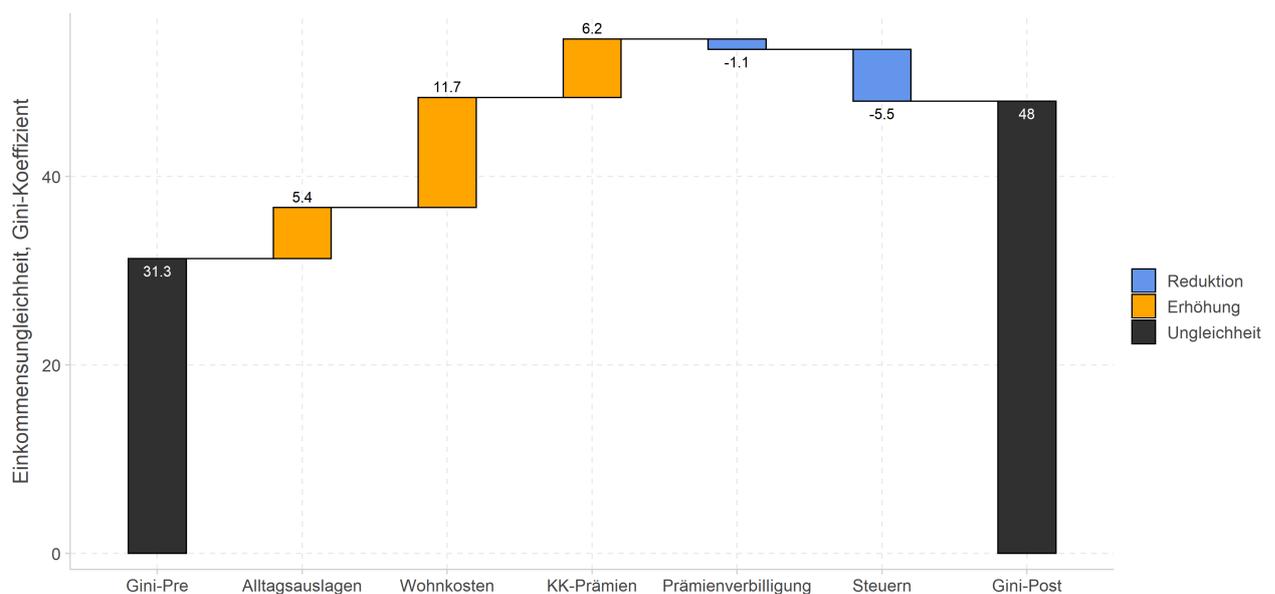


Abbildung 9: Auswirkungen regional unterschiedlicher Lebenshaltungskosten auf die Ungleichheit der frei verfügbaren Einkommen



Daten: angereicherte WiSiER-Daten 2015 (AG, BE, LU, SG, VS, GE), eigene Auswertungen

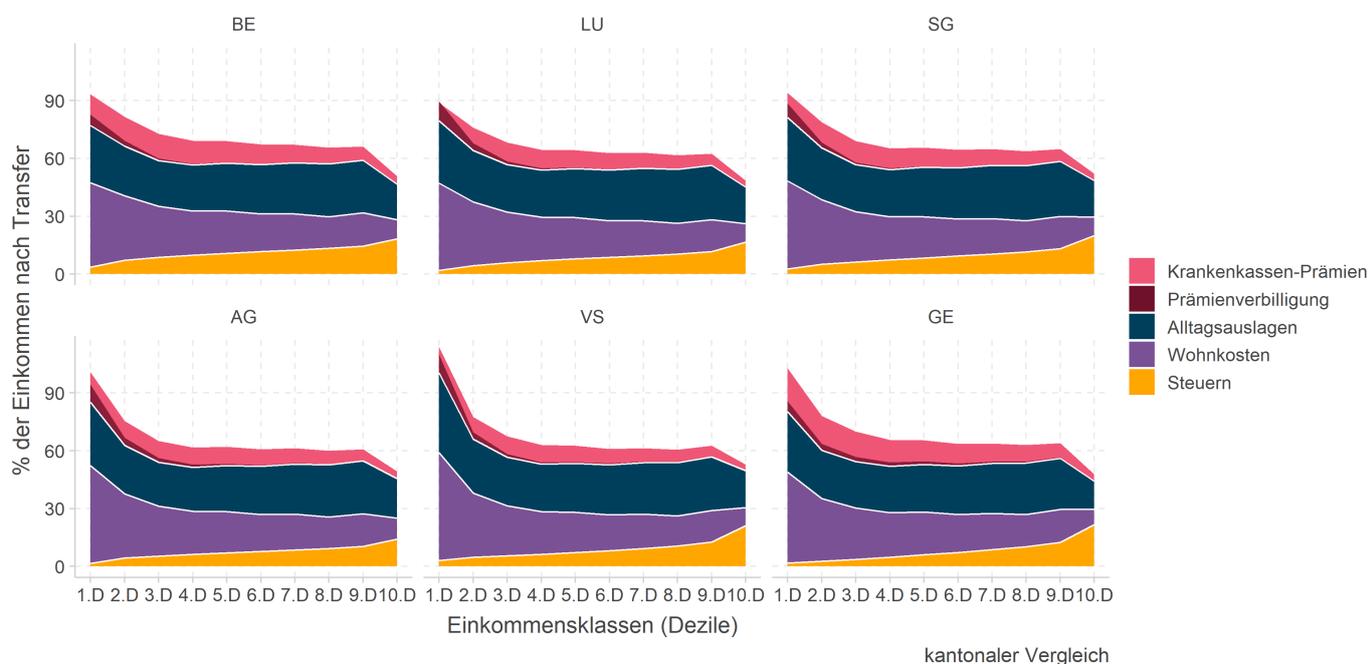
Die Belastung nach Einkommensklassen weicht insgesamt nicht sehr stark von der Analyse ohne Berücksichtigung von regionalen Unterschieden ab. Auffällig ist jedoch die Entlastung, die Infolge der Auszahlungen der Prämienverbilligung entsteht. Diese stützt tiefe Einkommen besonders. In der einkommensschwächsten Gruppe wird die Belastung durch Krankenkassenprämien um über 30% reduziert. Man sieht zudem, dass die Entlastung mit steigendem Einkommen schwächer wird, aber bis hin zu den mittleren Einkommen reicht. Aus Abbildung 9 ist ersichtlich, dass die Prämienverbilligungen die Einkommensungleichheit reduzieren. Allerdings kompensiert der Effekt die ungleichheitsverschärfende Wirkung der Krankenkassenprämienkosten nicht.

Die Ungleichheit nach Lebenshaltungskosten fällt im regional justierten Szenario tiefer aus (48.0 Gini-Punkte) als im rein einkommensabhängigen Szenario (53.3 Gini-Punkte). Das ist einerseits eine direkte Folge der Berücksichtigung der Prämienverbilligung (-1.1 Gini-Punkte). Grösser ist allerdings der Effekt, der daraus entsteht, dass die Lebenshaltungskosten und der regionale Wohlstand korreliert sind. Tendenziell fallen in Regionen mit hohem Einkommen auch höhere Lebenshaltungskosten an. Besonders ins Gewicht fällt dies bei den Wohnkosten. Zudem fällt der Effekt der Steuern etwas geringer aus. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass sich kantonale und kommunale Steuersätze unterscheiden und Wohlhabende dies bei der Wahl ihres Wohnortes berücksichtigen.

4.5 Kantonale Unterschiede

Ein abschliessender analytischer Schritt geht auf die kantonalen Unterschiede ein. Aus Abbildung 10 werden Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Belastung durch Lebenshaltungskosten in den untersuchten Kantonen ersichtlich. Etwas ungleicher belastet werden die Menschen im Kanton Wallis und Genf. Besonders für die einkommensschwächste Gruppe sind die Lebenshaltungskosten schwierig zu tragen, wobei die Wohnkosten bei diesen Gruppen relativ stark ins Gewicht fallen. Ersichtlich werden zudem Unterschiede in der Wirkungsweise der wohlfahrtsstaatlichen Instrumente. Sehr zielgerichtete Entlastungen durch Prämienverbilligungen erfährt die einkommensschwächste Gruppe im Kanton Luzern. Auffällig ist die insgesamt etwas höhere Steuerbelastung im Kanton Bern, während im Kanton Genf die Steuerprogression zu einer vergleichsweise stärkeren Belastung der einkommensstärksten Gruppen führt.

Abbildung 10 : Belastung der Haushaltseinkommen durch Lebenshaltungskosten nach Kanton

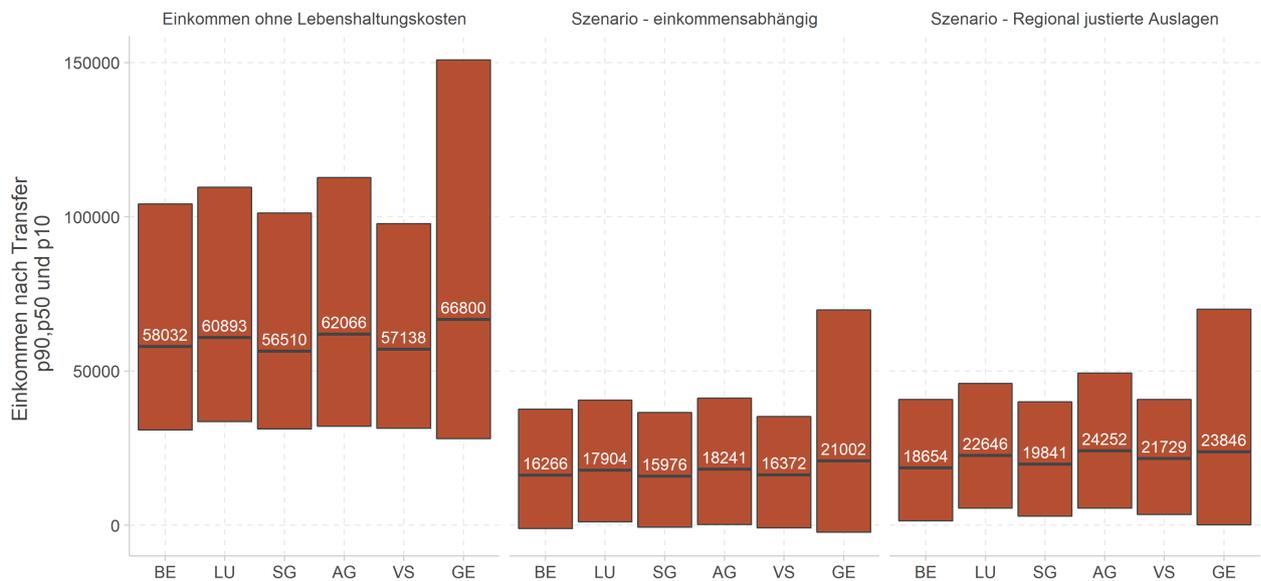


Daten: angereicherte WiSiER-Daten 2015 (AG, BE, LU, SG, VS, GE), eigene Auswertungen

Wie stark die jeweiligen Einkommensgruppen durch Lebenshaltungskosten belastet werden, ist einerseits eine Folge der unterschiedlich Kosten, aber ebenso der vorhandenen Einkommen. Abbildung 11 zeigt deswegen die medianen Einkommen je Kanton vor und nach Abzug der

Lebenshaltungskosten für die Szenarien «einkommensabhängig» und «regional justiert». Zudem sind die Grenzen der 10% Einkommensstärksten (p90) und der Einkommensschwächsten (p10) aufgezeigt, damit ein Eindruck der Einkommensverteilung je Kanton gewonnen werden kann.

Abbildung 11: Einkommen abzüglich Auslagen unterschieden nach Kantonen



Daten: angereicherte WiSiER-Daten 2015 (AG, BE, LU, SG, VS, GE), eigene Auswertungen

Anmerkung: Gezeigt sind das mediane Haushaltsäquivalenzeinkommen (p50) sowie die 10 und 90% Perzentile (p10 und p90)

Im Kanton Genf sind die Einkommen vor Lebenshaltungskosten im Vergleich zu den anderen Kantonen am höchsten (66'800 CHF). Am tiefsten sind die Einkommen in St. Gallen (56'510 CHF). Allerdings sind die Einkommen in Genf auch am ungleichsten verteilt, was nicht zuletzt eine Folge davon ist, dass es sich dabei um einen städtisch geprägten Kanton handelt und urbane Regionen deutlich ungleichere Einkommensverteilungen aufweisen. Durch den Abzug von Lebenshaltungskosten fallen die frei verfügbaren Einkommen insgesamt tiefer aus. Im regional justierten Szenario fallen sie wieder etwas höher aus, was auf die Prämienverbilligungen und die unterschiedlich anfallenden Kosten zurückzuführen ist. Interessant ist die Veränderung zwischen den Kantonen durch die Berücksichtigung regional unterschiedlicher Lebenshaltungskosten. Weniger stark steigen die Einkommen in den Kantonen Bern und Genf. In diesen Kantonen fallen vergleichsweise hohe Steuern an und besonders in Genf auch hohe Wohnkosten. Relativ fallen so die Einkommen in den Kantonen Luzern, St. Gallen, Aargau und Wallis etwas höher aus. Unter dem Strich überholt Aargau den Kanton Genf in Bezug auf die medianen frei verfügbaren Einkommen. Am wenigsten bleibt im Kanton Bern. Hier fallen die frei verfügbaren Einkommen am tiefsten aus.

Gemäss Zusatzauswertung der mittleren Einkommen der Kantone steigt die Ungleichheit (Gini) zwischen den Kantonen vom einkommensabhängigen Szenario (51.4) zum regionalen Szenario (52.0) geringfügig. Die gesamtgesellschaftliche Ungleichheit sinkt aber deutlich von 53.3 auf 48.0 Gini-Punkte wie aus bereits aus den vorangehenden Analysen ersichtlich geworden ist.

5 Schlussbetrachtung

Der Grossteil der empirischen Ungleichheitsliteratur vernachlässigt die Lebenshaltungskosten und berücksichtigt allein die Einkommenssituation. Es ist deswegen unzureichend untersucht, wie sich Lebenshaltungskosten auf die Ungleichheit der ökonomischen Möglichkeiten auswirken. Gleichzeitig ist es unbestritten, dass Ausgaben für Wohnen, Lebensmittel, Krankenkassenprämien und Steuern, die jede und jeder tätigen muss, die finanziellen Möglichkeiten der Bevölkerung erheblich beeinflussen. Das gilt in einem wohlhabenden Land mit hohen Lebenshaltungskosten wie der Schweiz besonders. So gehört die Schweiz zwar zu den Ländern in denen weltweit die höchsten Löhne bezahlt werden. Gleichzeitig liegen die durchschnittlichen Ausgaben eines Haushaltes in der Schweiz 70% über dem Durchschnitt der Europäischen Union (EU) (swissinfo.ch, 2022). Die hohen Löhne werden dadurch relativiert. Zudem gibt es relevante Unterschiede in Bezug auf die zu tragenden Wohnkosten, die mit dem Wohnort verbunden sind. So sind Städte wie Genf und Zürich seit Jahren in den Toprankings der teuersten Städte der Welt, während es sich in der Peripherie deutlich günstiger lebt. Hinzu kommen kantonale Unterschiede, die mit der föderalen Organisation der Schweiz verbunden sind. Die Veranlagung von direkten Steuern auf Einkommen und Vermögen, aber auch die Auszahlung von Prämienverbilligungen zur Abschwächung der Kosten der Krankenkassenprämien können sich innerhalb der Schweiz erheblich unterscheiden.

In diesem Beitrag nutzen wir eine umfassende Verknüpfung von Steuerdaten der Kantone Aargau, Bern, Genf, Luzern, St. Gallen und Wallis. Damit können wir die finanzielle Situation für rund 3.4 Millionen Menschen der Schweiz abdecken, was beinahe der Hälfte der Bevölkerung entspricht. Wir können Daten aus Deutschsprachigen und Französischsprachigen Kantonen nutzen und auf kantonale Unterschiede eingehen. Auf dieser Basis nehmen wir Analysen zu den Auswirkungen der Lebenshaltungskosten auf die Belastung der Einkommen vor und gehen zwei Forschungsfragen nach: 1) Wie wirken sich Lebenshaltungskosten auf die Verteilung der frei verfügbaren Einkommen aus? 2) Welchen Einfluss haben regional unterschiedliche Lebenshaltungskosten auf die gesamtgesellschaftliche Ungleichheit und auf regionale Unterschiede? Wir fokussierten uns auf vier Hauptkostenposten Wohnen, Krankenkassenprämien, Steuern und Auslagen für Lebensmittel und andere Güter des täglichen Bedarfs. Lebenshaltungskosten lagen entweder empirisch vor, wir haben sie mittels datengestützter Simulationen abgeschätzt oder wir nutzten offizielle Statistiken. Mittels verschiedener Szenarien können wir Effekte unterscheiden, die mit minimal oder durchschnittlich nötigen Auslagen verbunden sind. Weitere Szenarien zeigen den Effekt von einkommensabhängigen und regional unterschiedlichen Auslagen auf. Mittels sequentieller Gini-Dekomposition war es uns dabei möglich, die Effekte einzelner Lebenshaltungskosten auf Einkommensungleichheit und die ausgleichende Wirkung von wohlfahrtsstaatlichen Instrumenten wie Steuern und Prämienverbilligungen sowie die Rolle regionaler Unterschiede zu beziffern.

Die Analysen zeigen, dass Lebenshaltungskosten die ökonomische Ungleichheit wesentlich verschärfen. Je nachdem ob von minimal notwendigen Lebenshaltungskosten (+13.1 Gini-Punkte), durchschnittlichen (+44 Gini-Punkte) oder einkommensabhängigen Auslagen (+22 Gini-Punkte) ausgegangen wird, führen Lebenshaltungskosten zu einer unterschiedlich starken Zunahme der Ungleichheit der frei verfügbaren Einkommen. Im realitätsnahen Szenario, das regionale Unterschiede und Massnahmen zur finanziellen Entlastung wie die Prämienverbilligungen miteinbezieht, resultiert eine Zunahme der Einkommensungleichheit von 16.7-Gini-Koeffizientpunkten. Ausgehend von der Ungleichheit der Markteinkommen nach Sozialtransfers, entspricht dies einer Zunahme der Ungleichheit um 53%. Der Effekt kommt hauptsächlich dadurch zustande, dass die Auslagen für grundlegende Güter in der Schweiz sehr hoch sind und so tiefe Einkommen dadurch relativ stärker belastet werden als mittlere Einkommen und Wohlhabende Schichten. Die einkommensschwächsten 10% der Bevölkerung wenden gemäss unserer Simulation 90% ihres

Einkommens für Alltagsgüter, Wohnen und Krankenkassenprämien auf und es bleibt kaum ein Betrag zur freien Verfügung oder zur Begleichung unerwarteter Auslagen. Dabei ist die Entlastung durch Prämienverbilligung bereits berücksichtigt. Bei den mittleren Einkommen fällt die Belastung insgesamt tiefer aus und gleichzeitig ist sie zwischen den Einkommensklassen relativ gesehen sehr ähnlich. Vom 3. bis zum 9. Einkommensdezil führen Lebenshaltungskosten zu einer Belastung von 70% der Einkommen nach Transfer. Dies ist eine Folge davon, dass mit steigendem Einkommen die Entlastung durch Prämienverbilligungen ab und die Belastung durch progressive Steuern zunimmt. Zugespitzt könnte man sagen, dass durch die Lebenshaltungskosten und das System des finanziellen Ausgleichs über Steuern und Prämienverbilligungen eine Nivellierung der Mittelschicht stattfindet. Auffällig tiefer belastet werden die Einkommen der einkommensstärksten Gruppe. Die Gruppe wendet zwar sehr viel für Steuern auf, aber Krankenkassenprämien und Kosten für Wohnen und Alltagsgüter fallen bei den Wohlhabendsten kaum ins Gewicht.

Auffällig stark ist der ungleichheitsverschärfende Effekt bei den Wohnkosten (+11.7 Gini-Koeffizientenpunkte). Vor dem Hintergrund der deutlich gestiegenen Wohnkosten in den letzten Jahrzehnten deutet der hier gefundene ausserordentlich starke ungleichheitsverschärfende Effekt der Wohnkosten darauf hin, dass ausgleichende Instrumente, die einkommensschwache Gruppen stützen sollen, vermehrt an dieser Stelle ansetzen müssten. Eine einkommensabhängige Auswertung der Mietkosten aus der Strukturhebung zeigt, dass die Mieten im tiefen Preissegment wenig elastisch sind. D.h. mit steigendem Einkommen nehmen zwar die Ausgaben für Wohnen zu. Von mittleren Einkommensklassen zu den tiefen Einkommen fallen die Wohnkosten aber ähnlich bzw. nur geringfügig tiefer aus. Der Effekt des Wohnens könnte sogar noch stärker ausfallen, da wir für die Simulation vereinfachend von Mietkosten über alle Einkommensklassen ausgehen. Möglicherweise würde die Bilanz anders aussehen, wenn Wohneigentum miteinbezogen würde. Eine steuerdatenbasierte Auswertung zu Eigenheimen nach Einkommensklassen zeigt auf jeden Fall, dass lediglich 5% der einkommensschwächsten Gruppe in Eigenheimen leben. Bei der einkommensstärksten Gruppe sind es 34%. Diese ungleichen Besitzverhältnisse könnten sich ebenfalls auf die Lebenshaltungskosten und somit auf die Ungleichheit auswirken. Ungleichheitsreduzierend wirken die Prämienverbilligungen (-1.1 Gini-Koeffizientenpunkte). Sie entlasten die einkommensschwächsten Gruppen. Allerdings überwiegt der ungleichheitserhöhende Effekt der Krankenkassenprämien (+6.2 Gini-Koeffizientenpunkte). Sehr viel stärker ins Gewicht (-5.5 Gini-Punkte) fällt der ausgleichende Effekt der progressiven Steuern. Dadurch, dass hohe Einkommen sehr viel mehr Steuern zahlen, findet ein unmittelbarer ökonomischer Ausgleich statt. Hinzu kommt, dass mit Steuern öffentliche Güter finanziert werden, die allen Bevölkerungsschichten zugutekommen. Dies wird auch durch unsere Simulation gemäss dem «durchschnittlichem» Modell veranschaulicht. Würden die Kosten für die öffentliche Infrastruktur mittels erhobener Steuern gleichmässig auf alle Haushalte verteilt, führte die damit verbundene Zunahme der Lebenshaltungskosten bei den 60% einkommensschwächeren Gruppe der Bevölkerung zu einer Belastung von über 100% der vorhandenen Einkommen. Die Besteuerung der wohlhabendsten Gruppe trägt also sehr stark zu einem Ausgleich in der Schweiz bei. Allerdings gilt es festzuhalten, dass die Schweiz eine unterdurchschnittliche Steuerquote⁹ aufweist. Sie beträgt 21.4% während das ungewichtete OECD-Mittel bei 25.3% liegt. Besonders viel Steuern veranlagten nordische Länder wie Dänemark (44.4%) und Schweden (34.3%). In vergleichenden Studien erscheint die Schweiz auch als Land mit unterdurchschnittlichem ungleichheitsreduzierendem Effekt durch direkte Steuern. Caminada et al. (2019b) halten etwa fest: «In this country, it appears to be difficult to levy redistributive taxes from the rich and mobile persons. As a result, the amount of taxes paid by rich people is relatively low.»

⁹ Direkte Steuern im Verhältnis zum Bruttoinlandprodukt BIP (ohne Sozialversicherungsbeiträge)

Unsere Analysen zeigen weiter, dass bei den durch uns untersuchten Kantonen erhebliche Unterschiede in Bezug auf die Einkommensverteilung, aber auch in Bezug auf die Lebenshaltungskosten bestehen. Im urbanen Grenzkanton Genf ist das mediane Haushaltsäquivalenzeinkommen mit 66'800 CHF am höchsten. In den anderen untersuchten Kantonen bewegt sich das mediane Einkommen zwischen 56'510 CHF (St. Gallen) und 62'066 CHF (Aargau). In Genf sind allerdings die Unterschiede der Einkommen deutlich grösser, was teilweise durch die Urbanität des Kantons erklärt werden kann. Auch die Lebenshaltungskosten sind deutlich höher. Das betrifft besonders die Steuern (vgl. Abbildung 13) und die Wohnkosten (vgl. Tabelle 12), aber auch die Krankenkassenprämien (vgl. Tabelle 14). Auffällig höher sind zudem die Steuern und die Krankenkassenprämien in Bern. Insgesamt klein sind gemäss der Haushaltsbudgeterhebung die regionalen Unterschiede was die Ausgaben für tägliche Güter des Alltagsbedarfs angeht.

Werden die regional unterschiedlichen Lebenshaltungskosten (Güter, Wohnen, Krankenkassenprämien und Steuer) berücksichtigt, schlägt sich dies zunächst in einer Reduktion der Ungleichheit der frei verfügbaren Einkommen nieder (-5.3 Gini-Koeffizientenpunkte), wie es auch in anderen Studien bereits festgestellt wurde. Dies ist eine Folge davon, dass ein Zusammenhang zwischen den Einkommen und anfallenden Lebenshaltungskosten besteht. In wirtschaftlich starken Regionen ist das Leben teurer und umgekehrt. Es finden aber auch Verschiebungen zwischen den Kantonen statt. Abzüglich der Lebenshaltungskosten ist das mediane frei verfügbare Einkommen nicht mehr in Genf am höchsten, sondern im Kanton Aargau. Zudem verbleibt abzüglich Lebenshaltungskosten im Kanton Bern am wenigsten.

Abschliessend gilt es Grenzen des Ansatzes festzuhalten und auf weiteren Forschungsbedarf hinzuweisen. So ist es konzeptionell schwierig abschliessend zu bestimmen, wie Lebenshaltungskosten in einer Ungleichheitsanalyse einbezogen werden sollen. Eine Möglichkeit wäre, detaillierte und flächendeckende Konsumausgaben zu nutzen, die auf der Haushaltsebene verknüpft werden könnten. Damit könnte eine Analyse der effektiven Ausgaben erfolgen. Allerdings liegen solche Daten in den wenigsten Ländern vor. Zudem ist fraglich, ob die Sache damit angemessen abgebildet ist, da Haushalte gemäss ihren Präferenzen mehr oder weniger für bestimmte Güter ausgeben können. Im Kontext einer verteilungsrelevanten Studie scheint es angemessener, auf die für die Lebensführung notwendigen Auslagen zu fokussieren. Es steht dabei im Fokus, was für eine angemessene Lebensführung nötig wäre und individuelle Präferenzen werden ausgeklammert. Was als angemessen gilt, ist allerdings nicht ohne weiteres zu bestimmen. Deshalb haben wir uns entschieden, Lebenshaltungskosten in verschiedene Szenarien herzuleiten. Konzeptionell klar ist der Ansatz über die minimal nötigen Auslagen. Hier bietet das soziale Existenzminimum gemäss den Richtlinien der SKOS einen Anhaltspunkt. Ob dieser Minimalstandard die richtige Bezugsgrösse bilden soll, kann aber hinterfragt werden, weswegen wir auch mit durchschnittlichen und einkommensabhängigen Auslagen gearbeitet haben. Daraus wird ersichtlich, wie stark die Resultate von getroffenen Annahmen abhängen.

Insgesamt lässt sich sagen, dass wir unabhängig vom gewählten Szenario immer zu einer ungleichheitsverschärfenden Wirkung der Lebenshaltungskosten kommen. Die empirischen Resultate zeigen auf, dass sich die Ungleichheitsforschung vermehrt mit dem Thema der Lebenshaltungskosten beschäftigen sollte.

6 Literatur

- Albouy, D., Ehrlich, G., & Liu, Y. (2016). *Housing Demand, Cost-of-Living Inequality, and the Affordability Crisis* (Working Paper 22816; Working Paper Series). National Bureau of Economic Research. <https://doi.org/10.3386/w22816>
- Argente, D., & Lee, M. (2021). Cost of Living Inequality During the Great Recession. *Journal of the European Economic Association*, 19(2), 913–952. <https://doi.org/10.1093/jeea/jvaa018>
- Azzoni, C. R., & Servo, L. M. S. (2002). Education, cost of living and regional wage inequality in Brazil. *Papers in Regional Science*, 81(2), 157–175. <https://doi.org/10.1007/s101100200105>
- BAG. (2021a). *Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2020. T 4.08 Prämienverbilligung OKP: ausgerichtete Beiträge nach Kanton.*
- BAG. (2021b). *Statistik der obligatorischen Krankenversicherung 2020. T 4.02 Anzahl Bezüger nach Kanton.*
- BAG, B. für G. (2021c). *Krankenversicherung: Das Wichtigste in Kürze.* <https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/versicherungen/krankenversicherung/krankenversicherung-das-wichtigste-in-kuerze.html>
- BAG, B. für G. (2022). *Portal Statistik der obligatorischen Krankenversicherung.* <https://www.bag.admin.ch/bag/de/home/zahlen-und-statistiken/statistiken-zur-krankenversicherung/statistik-der-obligatorischen-krankenversicherung/Portal-statistik-der-obligatorischen-krankenversicherung.html>
- BFS. (2022a). *Haushaltseinkommen und -ausgaben.* <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/wirtschaftliche-soziale-situation-bevoelkerung/einkommen-verbrauch-vermoe-gen/haushaltsbudget.html>
- BFS. (2022b, Februar 21). *Durchschnittlicher Mietpreis in Franken nach Zimmerzahl und Kanton—2000, 2003, 2010-2020 | Tabelle.* Bundesamt für Statistik. <https://www.bfs.admin.ch/asset/de/20784921>
- BFS. (2022c, Februar 21). *Durchschnittlicher Mietpreis nach Kanton—2020 | Diagramm.* Bundesamt für Statistik. <https://www.bfs.admin.ch/asset/de/21245854>

- BFS. (2022d, Februar 21). *Durchschnittlicher Mietpreis pro m2 in Franken nach Zimmerzahl und Kanton—2012-2020 | Tabelle*. Bundesamt für Statistik. <https://www.bfs.admin.ch/asset/de/20784929>
- BFS LIK. (2022). *Warenkorb und Gewichtung*. <https://www.bfs.admin.ch/bfs/de/home/statistiken/preise/erhebungen/lik/warenkorb.html>
- Caminada, K., Goudswaard, K., Wang, C., & Wang, J. (2019a). Has the redistributive effect of social transfers and taxes changed over time across countries? *International Social Security Review*, 72(1), 3–31. <https://doi.org/10.1111/issr.12193>
- Caminada, K., Goudswaard, K., Wang, C., & Wang, J. (2019b). Income Inequality and Fiscal Redistribution in 31 Countries After the Crisis. *Comparative Economic Studies*, 61(1), 119–148. <https://doi.org/10.1057/s41294-018-0079-z>
- Causa, O., & Hermansen, M. (2020). Income Redistribution through Taxes and Transfers across OECD Countries. In J. Gabriel Rodríguez & J. A. Bishop (Hrsg.), *Inequality, Redistribution and Mobility* (Bd. 28, S. 29–74). Emerald Publishing Limited. <https://doi.org/10.1108/S1049-258520200000028002>
- Chancel, L., Piketty, T., Saez, E., & Zucman, G. (2021). *World Inequality Report 2022*. World Inequality Lab.
- Ecoplan. (2018). *Monitoring 2017. Experten-/Forschungsberichte zur Kranken- und Unfallversicherung. Wirksamkeit der Prämienverbilligung*. BAG.
- Handrich, L. (2022). *Belastung einkommensschwacher Haushalte durch die steigende Inflation*. DIW Econ GmbH. https://www.diakonie.de/fileadmin/user_upload/Diakonie/PDFs/Pressemitteilung_PDF/Diakonie_DIWEcon.pdf
- Hillringhaus, T., & Peichl, A. (2010). *Die Messung von Armut unter Berücksichtigung regional divergierender Lebenshaltungskosten und öffentlicher Leistungen*. 147.
- Hümbelin, O., & Farys, R. (2016). The suitability of tax data to study trends in inequality—A theoretical and empirical review with tax data from Switzerland. *Research in Social Stratification and Mobility*, 44, 136–150. <https://doi.org/10.1016/j.rssm.2016.04.004>

- Hümbelin, O., & Farys, R. (2018). Income redistribution through taxation – how deductions undermine the effect of taxes. *Journal of Income Distribution*[®], 26(1), 1–35.
<https://doi.org/10.25071/1874-6322.40330>
- Hümbelin, O., Farys, R., Jann, B., & Lehmann, O. (2021). Umverteilung über Steuern und Sozialleistungen in der Schweiz. *Social Change in Switzerland*, 28.
<https://doi.org/10.22019/SC-2021-00008>
- Hümbelin, O., Farys, R., & Richard, T. (2021). Ungleichheit und Steuern—Steuerdatenbasierte Einblicke in die redistributiven Effekte des Schweizer Steuersystems. In Hümbelin, Oliver; Farys, Rudolf; Richard, Tina (2021). *Ungleichheit und Steuern—Steuerdatenbasierte Einblicke in die redistributiven Effekte des Schweizer Steuersystems In: Steuern und Ungleichheit. Schweizerisches Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialgeschichte: Vol. 36 (S. 191-216). Chronos* (Bd. 36, S. 191–216). Chronos. <https://arbor.bfh.ch/16155/>
- Hümbelin, O., Richard, T., Schuwey, C., Luchsinger, L., & Fluder, R. (2021). *Studie Nichtbezug von bedarfsabhängigen Sozialleistungen im Kanton Basel-Stadt – Ausmass und Beweggründe* [Medienmitteilung]. Kanton Basel-Stadt, Amt für Sozialbeiträge.
<https://www.asb.bs.ch/nm/2021-studie-nichtbezug-von-bedarfsabhaengigen-sozialleistungen-im-kanton-basel-stadt--ausmass-und-beweggruende-wsu.html>
- Kröger, M., Longmuir, M., Neuhoff, K., & Schuetze, F. (2022). *The Costs of Natural Gas Dependency: Price Shocks, Inequality, and Public Policy* (SSRN Scholarly Paper 4173113).
<https://doi.org/10.2139/ssrn.4173113>
- Lampart, D., & Schüpbach, K. (2020). *Verteilungsbericht 2020* (S. 40). SGB.
- Meuli, N., & Knöpfel, C. (2021). *Ungleichheit im Alter. Eine Analyse der finanziellen Spielräume älterer Menschen in der Schweiz*. Seismo Verlag.
<https://irf.fhnw.ch/handle/11654/32611>
- Meyer, B. D. (1988). Unemployment Insurance And Unemployment Spells. *NBER WORKING PAPER SERIES*, 43.
- OECD. (2013). *OECD Framework for Statistics on the Distribution of Household Income, Consumption and Wealth*. OECD Publishing. <http://dx.doi.org/10.1787/9789264194830-en>

OECD. (2022). *Consumer Prices, OECD - Updated: 6 December 2022 - OECD*.

<https://www.oecd.org/newsroom/consumer-prices-oecd-updated-6-december-2022.htm>

Regionalkonferenz Bern-Mittelland. (2010). *Empfehlungen für eine einheitliche Mietzinspraxis in der Sozialhilfe*. Regionalkonferenz Bern Mittelland. <http://www.bernmittelland.ch/wAs-sets/docs/themen/soziales/Empfehlungen-fuer-eine-einheitliche-Mietzinspraxis.pdf>

Reynolds, M., & Smolensky, E. (1977). Post-Fisc Distributions of Income in 1950, 1961, and 1970. *Public Finance Review*, 5(4), 419–438.

<https://doi.org/10.1177/109114217700500402>

Rühl, T., Schüpbach, J., & Hurst, S. (2016). *Wohnen, Pendeln, Krippe: Wo lebt sich's am günstigsten?* Economic Research - Credit Suisse.

Schärer, M., Höglinger, D., & Gerber, C. (2022). *Entwicklung und Renditen auf dem Mietwohnungsmarkt 2006–2021* (S. 56) [Studie]. BASS AG.

Schüpbach, J., Gachet, E., Zumbühl, P., & Weber, S. (2021). *Hier lebt es sich am günstigsten*. Credit Suisse Research Institute.

SSK CSI & ESTV. (2021). *Das schweizerische Steuersystem. Grundzüge des schweizerischen Steuersystems. Die Steuern des Bundes. Die Steuern der Kantone und Gemeinden*. (S. 86).

Schweizerische Steuerkonferenz SSK CSI, Eidgenössische Steuerverwaltung ESTV.

Stutz, H., Stettler, P., Dubach, P., & Gerfin, M. (2018). *Berechnung und Beurteilung des Grundbedarfs in den SKOS-Richtlinien* (S. 64) [Schlussbericht]. BASS AG.

Surinov, A. E., & Luppov, A. B. (2021). Influence of Regional Differences in the Cost of Living on National Income Inequality. *Economy of Region*, 17(3), 814–827.

<https://doi.org/10.17059/ekon.reg.2021-3-7>

swissinfo.ch. (2022). *Lebenshaltungskosten*. SWI swissinfo.ch. <https://www.swissinfo.ch/ger/lebenshaltungskosten/29054736>

UNECE. (2011). *Canberra Group. Handbook on Household Income Statistics*. United Nations.

Wanner, P. (2019). *Vorbereitung einer Datenbank über die wirtschaftliche Situation der Menschen im Arbeits- und Rentenalter (WiSiER)* (S. 141).

7 Anhang

7.1 Tabellen Lebenshaltungskosten und Zusatzauswertungen

Tabelle 7: Monatliche Alltagsauslagen in den Szenarien «minimale Auslagen» und «durchschnittliche Auslagen»

Anzahl Personen im Haushalt	Szenario – Minimale Auslagen (SKOS)	Szenario – Durchschnittliche Auslagen (HABE)
1	986	2'057
2	1'509	2'689
3	1'834	3'318
4	2'110	3'845
5	2'386	4'250
6	2'662	4'705
7	2'938	5'095
8	3'214	5'433
9	3'490	5'729

Tabelle 8: Lebenshaltungskostenfaktor¹ nach Einkommensklassen

Einkommensdezile	Auslagen
1 (einkommensschwächste Gruppe)	47.56 ²
2	56.04
3	65.18
4	75.23
5	87.48
6	100.22
7	115.76
8	136.24
9	161.18
10 (einkommensstärkste Gruppe)	190.38

¹ Die Faktoren basieren auf der Konsumausgaben Auswertung der Haushaltsbudgeterhebung nach Einkommensquintilen und sind mittels Inter- und Extrapolationsverfahren auf Einkommensdezile erweitert

² Mit diesem Faktor entsprechen die Lebenshaltungskosten der 10% einkommensschwächsten dem Grundbedarf nach SKOS

Tabelle 9: Lebenshaltungskostenfaktor¹ nach Kanton

Kanton	Faktor
Bern	94.86
Luzern	100.45
Aargau	101.02
St. Gallen	94.63
Genf	99.52
Wallis ²	100

¹ Die Faktoren basieren auf der Konsumausgaben Auswertung der Haushaltsbudgeterhebung nach Kantonen

² Für den Kanton Wallis liegen keine Schätzungen der Lebenshaltungskosten vor. Deswegen wird keine Anpassung vorgenommen

Tabelle 10: Monatliche Wohnkosten in den Szenarien «minimale Auslagen» und «durchschnittliche Auslagen» (Bruttomieten)

Anzahl Personen im Haushalt	Szenario – Minimale Auslagen (SKOS) ¹	Szenario – Durchschnittliche Auslagen (Strukturerhebung) ²
1	1'020	1'312
2	1'320	1'644
3	1'620	1'764
4	1'860	1'866
5	2'100	1'986
6	2'160	2'106
7	2'220	2'226
8	2'280	2'346
9	2'340	2'466

¹ Es handelt sich um Empfehlungen zu einer einheitlichen Mietpraxis des Kantons Bern

² eigene Berechnungen basierend auf der Strukturerhebung plus 20% Nebenkosten je Person, ab Haushaltgrösse 5 sind die Werte linear extrapoliert mit 100 CHF

Tabelle 11: Wohnkostenfaktor nach Einkommensklassen

Einkommens- quintile	Faktor¹
1 (einkommens- schwächste Gruppe)	94
2	93
3	100
4	108
5 (einkommens- stärkste Gruppe)	134

¹ Der Faktor wurde basieren auf Auswertungen der Nettomieten aus der Strukturhebung der Jahre 2011-2015 (191'000 Fälle) ermittelt. Dabei wird die Haushaltsgrösse kontrolliert.

Tabelle 12: Monatliche Wohnkosten nach Kanton

Kanton	Bruttomieten¹ MW
Bern	2'050
Luzern	2'052
Aargau	2'063
St. Gallen	2'062
Genf	2'170
Wallis	2'017

¹ Eigene Berechnungen basierend auf der Strukturhebung der sechs Kantone unter Konstanthaltung der Haushaltsgrösse

Tabelle 13: Monatliche Ausgaben für Krankenkassenprämien in den Szenarien «minimale Auslagen» und «durchschnittliche Auslagen»

Anzahl Personen im Haushalt	Szenario - Minimale Auslagen (SKOS)	Szenario - Durchschnittliche Auslagen (HABE)
1	314	349
2	628	698
3	943	1'047
4	1'257	1'396
5	1'571	1'745
6	1'885	2'095
7	2'199	2'444
8	2'514	2'793
9	2'828	3'142

Tabelle 14: Monatliche Ausgaben für Krankenkassenprämien¹ nach Kanton

Kanton	KK-Prämien MW
Bern	374
Luzern	313
Aargau	320
St. Gallen	328
Genf	420
Wallis	301

¹ Gemäss Bundesamt für Gesundheit

Tabelle 15: Prämienverbilligungen PV nach Kanton

Kanton	Mittelwert, PV ¹	Bezüger-Quote ² (in %)
Bern	69	25.4
Luzern	89	19.5
Aargau	72	17.4
St. Gallen	108	26.3
Genf ³	142	18.9
Wallis	105	21.5

¹ Der Mittelwert ist über die gesamte Kantonsbevölkerung errechnet

² Anteil der Personen in einem Haushalt mit Prämienverbilligung (eigene Berechnung)

³ Für den Kanton Genf liegen keine Daten vor. Stattdessen wurde das Genfer System der Prämienverbilligung basierend auf den gesetzlichen Grundlagen und den Steuerdaten simuliert.

Abbildung 12 : Direkte Steuern auf Einkommen und Vermögen nach Einkommensklassen

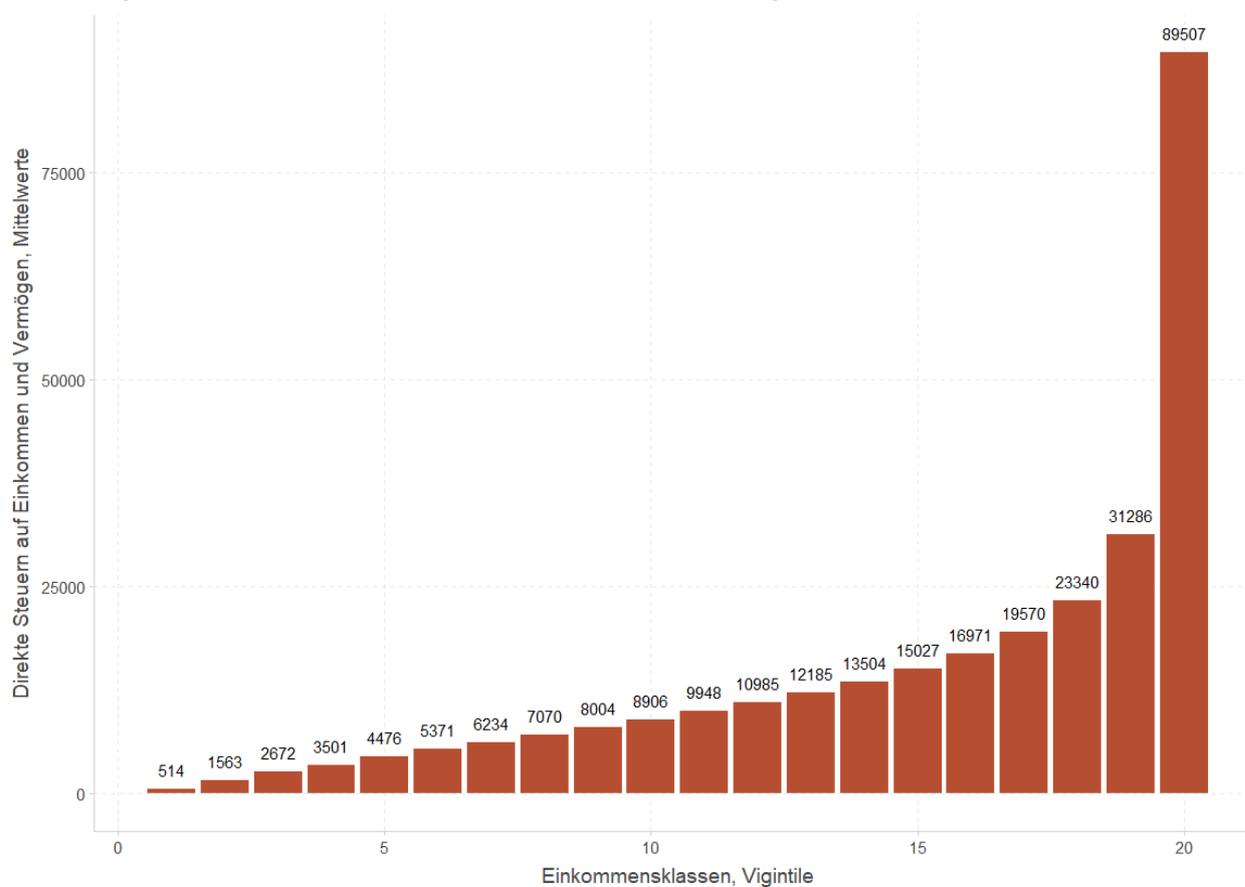


Abbildung 13 : Direkte Steuern auf Einkommen und Vermögen nach Kanton

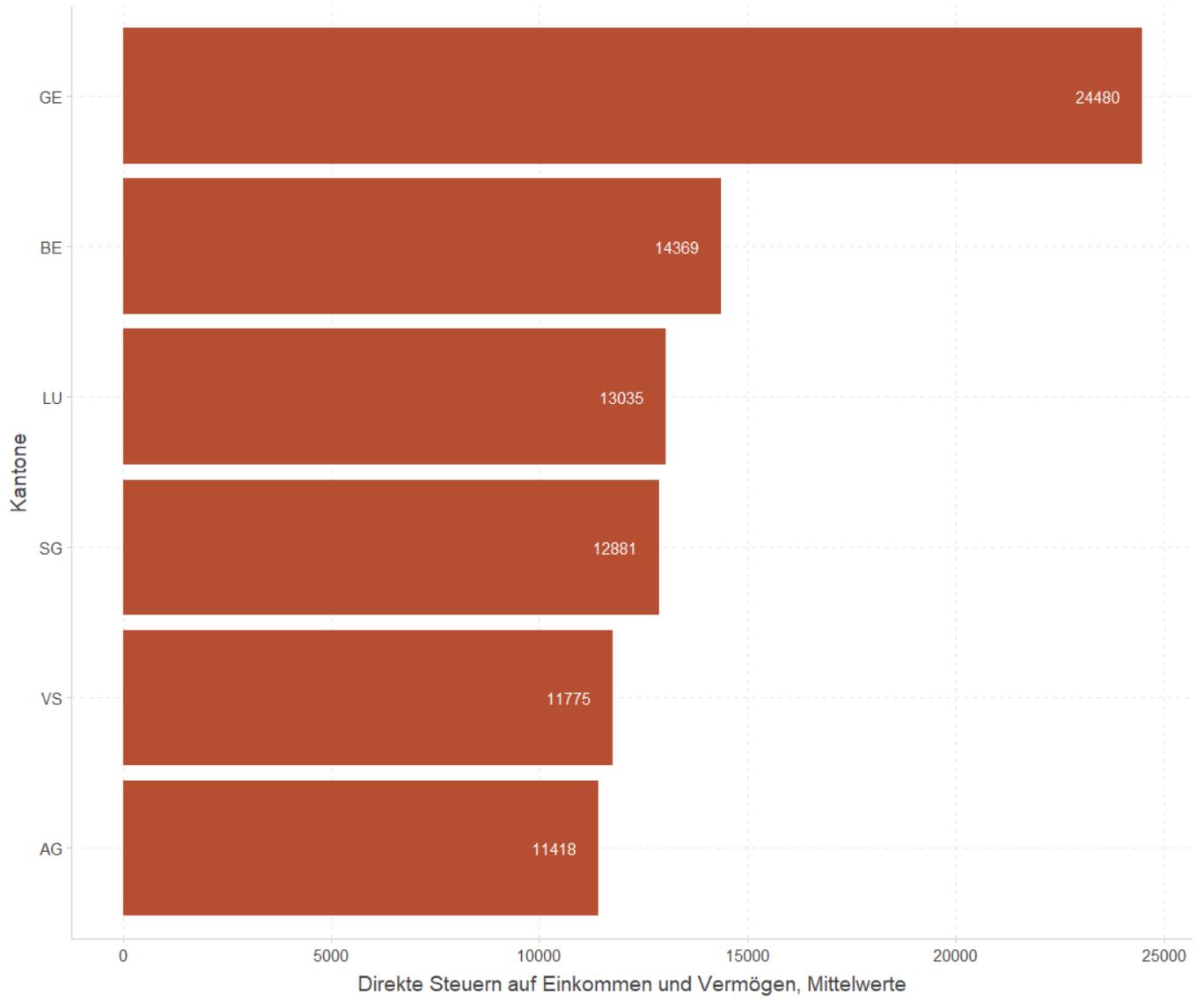
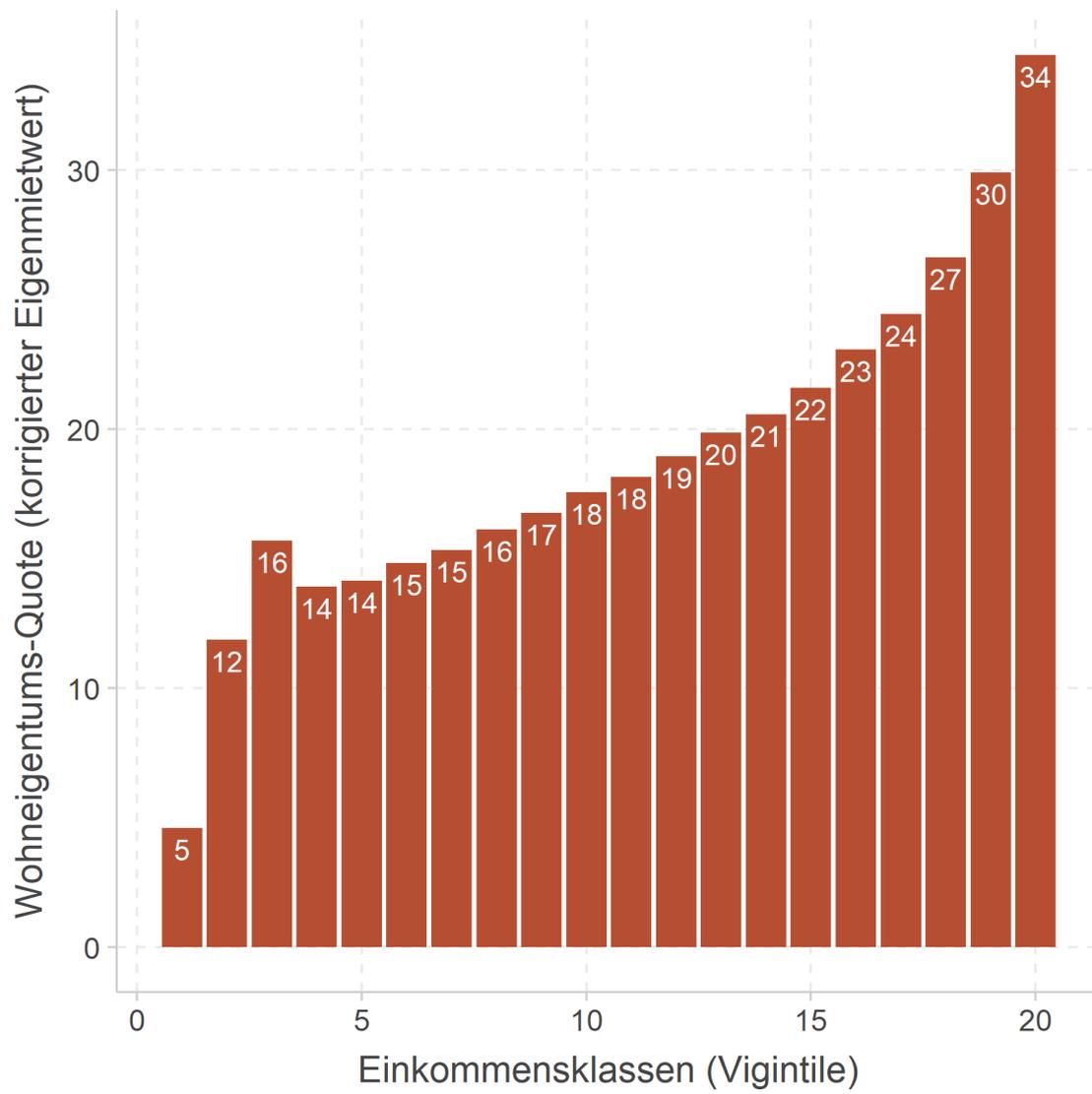


Abbildung 14 : Wohneigentum nach Einkommensklassen



7.2 System der Prämienverbilligungen in der Schweiz

Als „soziales Korrektiv zur Einheitsprämie“ erhalten diejenigen krankenversicherten Personen, deren Haushaltsbudget durch die Krankenkassenprämien stark belastet wird, gezielt individuelle Prämienverbilligungsbeiträge (IPV). Die Finanzierung dieser Leistung erfolgt durch den Bund und die Kantone. Die konkrete Umsetzung liegt in der Obhut der Kantone. Diese bestimmen die konkreten Anspruchsgrenzen, die Höhe der Verbilligung sowie die Prozesse und Auszahlungsmodalitäten.

Betrachtet man die kantonale Ebene, so lassen sich in der Bezügerquote erhebliche Unterschiede feststellen. Während die tiefste Bezügerquote im Kanton Neuchâtel mit 19% zu verzeichnen ist, werden im Kanton Genf 40.4% der Versicherten mit Prämienverbilligungsbeiträgen unterstützt (Stand 2020). Vor allem die Zentralschweizer Kantone abgesehen von Uri (31%) mit 22% (Schwyz) bis 24.6% (Luzern) sowie die Kantone Basel-Land (20.7%), St. Gallen (20.9%), Appenzell-Ausser-rhoden (21.2.%) und Wallis (23.6%) befinden sich und im unteren Feld hinsichtlich Bezügerquoten. Auch der ebenfalls untersuchte Kanton Aargau liegt mit 24.8% noch unter dem Schweizer Schnitt, während sich der Kanton Bern (27.7%) im landesweiten Durchschnitt befindet. Dabei gilt zu beachten, dass nebst Grösse des anspruchsberechtigten Kreises bzw. den damit zusammenhängenden Anspruchsgrenzen sich auch die ausbezahlten Beitragshöhen pro Person nach Kanton unterscheiden können. So sind in einigen Kantonen die Anspruchsgrenzen eher tief gesetzt, jedoch liegt auch der ausbezahlte Beitrag eher tief während in anderen Kantonen die Schwelle höher und damit der Kreis der Begünstigten kleiner ist, diese aber häufig von höheren Beiträgen profitieren. Der höchste Beitrag pro Person im Kantonsvergleich wird mit 3741 CHF im Kanton Neuchâtel ausgegeben, gefolgt von 3682 CHF pro Person im Kanton Basel-Stadt. Während Neuchâtel mit der erwähnten 19% Bezügerquote jedoch einen kleinen Kreis begünstigt, kommt die IPV in Basel-Stadt mit 29.3% einem weit grösseren Anteil zugute. Die tiefsten durchschnittlichen Beiträge werden in den Kantonen Appenzell-Innerrhoden (1350 CHF) und Uri (1365 CHF) ausbezahlt. Während die untersuchten Kantone Luzern (1846 CHF) und Aargau (1989 CHF) unter dem Schweizer Durchschnittbeitrag von 2304 CHF pro Person liegen, befinden sich die Kantone Zug mit 2019 CHF, St. Gallen mit 2121 CHF, Bern mit 2162 CHF und Wallis mit 2289 CHF recht nahe am Schweizer Durchschnitt (BAG, 2021b, 2021a).